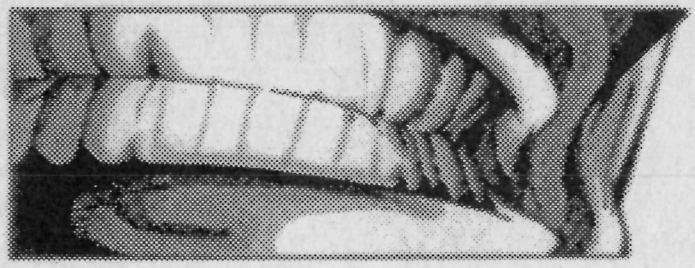
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

Nr. 11 / 98 € 1,808/ öS 25 / DEM 5 / sFr 5

Gabi Hartl bei der TV-Diskussion: „Großvater war kein Mörder!"

Nie wieder Kameraden +++ 1815 - 1848 - 1933 - Deutsche Revolutionen +++ Wehrhaftes Christentum +++ und mehr

Lotta DURA

DER KAMPF WIRD HÄRTER

editorial

Vom Wiener „Falter", dem bildungsbürgerlichen Zentralorgan der urbanen Kulturlinken, sind wir ja schon einiges gewöhnt: Der nationalsozialarbeiterische Klaus **Farin** rief vor Jahren zur Gründung einer „linken Anti-Antifa" auf, Thomas **Seifert** setzte das KOMMANDO Z.A.L.A. nach dessen Aktion gegen den braunen Ulrichsberg mit antisemitischen Friedhofsschändern gleich und der wohl aktivste österreichische Rechtsextremist, Andreas **Mölzer**, durfte bereits selbst dort publizieren. Nun verfaßte Martin **Staudinger** einen Nachruf auf den Wiener FPÖ-Chef Rainer **Pawkowicz**, einem „Widerpart, mit dem die Auseinandersetzung immer auch ein bißchen Spaß gemacht hat." (14/98) Im kameradschaftlich-sentimentalen Ton nimmt Staudinger Abschied von einem rassistischen Hetzer und rechtsextremen Demagogen. Daß er ein solcher war, kann Staudinger nicht bestreiten, also bringt er uns einen anderen Pawkowicz näher: „ein kultivierter, durchaus witziger und gar nicht blöder Bürgersmann; (...) einer, dem man das Anliegen, die Meinung Andersdenkender zu akzeptieren, durchaus abnahm."

Nun sei es dem „Falter" unbenommen, Pawkowicz Kultiviertheit, Humor und Intelligenz zu attestieren. Inwieweit diese Eigenschaften jedoch im Widerspruch zu rechtsextremer Gesinnung stehen, bleibt ein Rätsel. Weil Staudinger selbst als Bürgersmann in dessen Diskursen verwoben ist, kann er gar nicht erkennen, daß beides eben durchaus zusammengeht. Verzweifelten nicht schon Legionen von Apologeten der Bürgerlichkeit an der Tatsache, daß viele höherrangige Nazi-Schlächter die Klassik und ihre Familien liebten, belesen und humorvoll erschienen?

Was Pawkowicz' Akzeptanz der „Meinung Andersdenkender" betrifft, so mag Staudingers persönlicher Eindruck durchaus zutreffend sein - sofern es sich hierbei um seine eigene und andere „Falter"-Meinungen handelt. Der Demokrat achtet den Demokraten, auch wenn er ein Rassist ist. Sein liberaler oder „literarischer Antifaschismus" (Horkheimer) erschöpft sich im Widerstreit der Meinungen, als welche Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus verharmlost werden.

So viel wechselseitige Toleranz ist auch Ausdruck der permanenten Kräfteverschiebung nach rechts. Diese äußert sich unter anderem in der Anzahl der liberalen Blätter, die Mölzer mittlerweile offenstehen. Und umgekehrt in der Anzahl derer, die für Mölzers „Zur Zeit" schon Rede und Antwort standen. Neben dem KPÖ-Chef **Baier**, dem antisemitischen Bildhauer **Hrdlicka**, Sozialministerin **Hostasch** und Innenminister **Schlögl** (beide SPÖ), dem grünen Schauspieler **Fux**, HBP **Klestil** (Österreichische Einheitspartei) gab mittlerweile auch der Leiter des DOKUMENTATIONSARCHIVES DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (DÖW), Wolfgang **Neugebauer**, der rechtsextremen Wochenzeitung ein Interview.
In „Zur Zeit" zeigt man sich naturgemäß erfreut über Staudingers Sympathiebekundungen: „Der *Falter*-Nachruf zeugt (...) davon, daß man hier einen Gegner hatte, den man ernst nahm und auch ein klein bißchen mochte. Und so ein Verhältnis macht, bei aller Verschiedenheit der Positionen, die möglich und nötig ist, gute Auseinandersetzungen spannend und überaus erfreulich." (15-16/98)
Pack schlägt sich, Pack verträgt sich...

ZU DIESER NUMMER

Eigentlich planten wir für diese Nummer den Schwerpunkt Nazis im Bundesheer. Unsere ausufernde Beschäftigung mit den 1848ern ließ dieses Vorhaben jedoch ein solches bleiben. Nur ein Artikel über die wehrmächtigen Traditionspfleger des ÖSTERREICHISCHEN KAMERADSCHAFTBUNDES (ÖKB) schaffte den Sprung in diese Nummer. Dafür ist uns der Artikel zur Geschichte des völkischen Nationalismus sehr lang geraten. Aber angesichts der burschenschaftlichen Propaganda halten wir eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema für unumgänglich. Was sonst noch alles drinnen ist, lest ihr am besten gleich selber.

Apropos Burschenschaften: Wir unterstützen die Mobilisierung gegen den „Revolutionskommers" am 16. Mai, insbesondere den Aufruf von BANG!. Dieser kann im www unter der Adresse http://bang.oeh.net abgerufen werden.
Thanks an alle, die uns unterstützen, und an unsere LeserInnen: Daß ihr fast alle regelmäßig eure Abos verlängert, ist für uns Ansporn, weiter (und es immer besser) zu machen!!! ●

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P.:
H. Obek
Druck:
Wojtyla-Press, Krakow
Made in Poland
Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Anzeigen für Broschüren, Bücher und Zeitungen bitte immer ein Rezensionsexemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

NAZI-NETZWERKE

4 . . Nie wieder Kameraden
7 . . Verbrechen der Wehrmacht
7 . . Dürr wieder Bauer/ Evola in Wien

WAFFENGEBRAUCH

8 . . Mörderischer Konsens
8 . . Dichterstein Offenhausen am Ende?
9 . . Großösterreichisches Deutschland

DIE REPUBLIK Ö.

10 . Wahlen in Graz
11 . Lange Rede völkischer Sinn
11 . Österreich gibt sich die Ehre

BRAUNE BLÄTTER

12 . Schwarzbraune Koalitionen
14 . O.K. im Innenministerium
15 . Was die Rechten schreiben

SPRACHGEBRAUCH

17 . Hinter dem Faschismus . . .
19 . Die österreichische RAF

GESCHICHTE

20 . Faschimus trägt viele Farben
21 . 1815-1848-1933

REVIEWS

28 . Neues vom Fleischmarkt
28 . Frauentag bei Siemens
29 . Planet Österreich
30 . Rechtsextremisten unerwünscht

BUCHBESPRECHUNG

31 . Delikt Antifaschismus

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich's leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben)

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

○ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
○ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
○ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUF-rechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
○ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
○ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
○ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
○ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
○ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung
○ 9/1997 Offenhausen, Siemens Abschalten II, DKEG, Der Ring freiheitlicher Studenten, Über Stefan Karner

○ 10/1997 Einsamer Bajuware, 1848 - 1938 - 1998 - Burschenschaftliche Traditionen, Ulrichsberg, Mord an der Haider-Kopie, Le Pen und Meciar

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Nie wieder Kameraden !

Kameradschaftsbünde zwischen Neonazismus und Landesverteidigung

WENN ES GILT, GESCHLOSSEN ZU EINEM BEGRÄBNIS ANZUTRETEN, SPRECHEN SIE FÜR IHRE LIEBEN KRIEGSTEILNEHMER. WENN ES DARUM GEHT, DIE SICH FÜR EINE ALLESUMFASSENDE LANDESVERTEIDIGUNG INS ZEUG ZU LEGEN, SPRECHEN SIE SCHON FÜR DAS BUNDESHEER. WENN SIE ABER IHR VOR MÄNNLICHER PFLICHTERFÜLLUNG STROTZENDES GESCHICHTSBILD HINAUSTROMPETEN, DANN SPRECHEN SIE GANZ EINFACH FÜR DIE HEIMAT.

Die Mitglieder des ÖSTERREICHISCHEN KAMERADSCHAFTSBUNDES (ÖKB) stellen nicht nur organisatorisch die Verbindung zwischen dem offiziellen Österreich und seinen rechten Gesinnungsgemeinschaften her.

DAS VATERLAND DER KAMERADEN

Die im ÖKB zusammengeschlossenen Kameradschaftsbünde stehen unterschiedslos für die Treue zu den Vaterländern von 1914 über 1938 bis in die Republik. Ihre Geschichte beginnt keineswegs erst 1951, als sie sich unter ihrem heutigen Namen wiedergründeten, sondern schon um einige Generationen von Kriegerdenkmälern früher. Erste Veteranenvereine und Dachverbände entstanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts, gaben aber im Laufe des 1. Weltkriegs die meisten ihrer Aktivitäten zugunsten des direkten Einsatzes für Gott und Kaiser im Schützengraben auf. Freude über das Kriegsende 1918 wollte sich trotzdem nicht so wirklich einstellen, wie Landeschronisten des ÖKB noch in den 90er Jahren nachvollziehbar darlegen - nicht ohne dabei die die altbekannte „Dolchstoßlegende" aufzuwärmen: *„Die Stimmung war nicht mehr gut. Es machten sich bereits politische Kräfte bemerkbar, die die Bevölkerung mit Parolen verunsicherten, es waren linksgerichtete Gruppen, die an der Zersetzung der Wehrkraft des Volkes interessiert waren. [...] Das Ende des Weltkriegs war keine schöne Zeit."* [1]

In den 20er Jahren erlebte die Traditionspflege der Veteranen wieder einen Aufschwung, eine *„österreichische Traditionspflege„*, wie immer betont wird. In Kärnten und der Steiermark, wo nach Kriegsende der *„ruhmreiche Abwehrkampf"* gegen alles Slowenische und Slawische auf der Tagesordnung stand - ein „Abwehrkampf„, der laut ÖKB noch heute *„ruhmreich"* ist - waren die Kameradschaftsdienste allerdings bald recht deutschlastig ausgerichtet.1938, nach der *„Eingliederung ins Deutsche Reich„*, wie es das aktuelle Jahrbuch des ÖKB 60 Jahre danach treffend formuliert, wurden alle Einzelverbände in den NS-REICHSKRIEGERBUND übergeführt, geleitet von Offizieren und „Kreiskriegerführern„, die eben das „österreichisch" an der Traditionspflege für die nächsten Jahre wieder wegließen.

Weder Anfang noch Ende des nationalsozialistischen Regimes bedeuteten in der Vereinsgeschichte des ÖKB einen Bruch. 1945 tummelten sich die heimkehrenden Soldaten der deutschen Wehrmacht schon wieder in lokalen „Kriegerbünden" oder „Kameradschaften". Die Orden, die ihnen für ihre „Tapferkeit" im Dienste von Führer und Volk verliehen worden waren, trugen sie weiterhin, lediglich die Hakenkreuze entfernten sie stillschweigend. 1951/52 formierte sich der ÖKB offiziell als Dachorganisation der verschiedenen Landesverbände und rief in der ersten Ausgabe seiner Zeitung zum *„unerschütterlichen Glauben an unser Vaterland Österreich"* auf, um mahnend und bezeichnend fortzufahren: *„Wer sich der Taten seiner Vorfahren schämt, wer all jene zu ehren vergißt, die in Erfüllung ihre Fahneneides am Altare des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben, ist unseres Volkes unwürdig..."*[2] Die Kameradschaftsbündler weiteten ihre Traditionspflege aus: Gedenken nicht nur an den 1. Weltkrieg und die „Abwehrkämpfe" an der steirisch-kärntnerischen Grenze, Gedenken auch an ihre Pflichterfüllung im 2. Weltkrieg. Denkmalkult, Gefallenenehrungen, Aufmärsche und sogenannte Wallfahrten bestimmen bis heute ihr Vereinsleben, wenn auch die Kanonenschüsse bei Begräbnissen ihrer Mitglieder aufgrund biologischer Gesetzmäßigkeiten in letzter Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung dominieren. Mit „Belustigungen" wie Kleinkaliberschießen oder Kegeln will man jungen Nachwuchs gewinnen, mit dem lautstarken Einsatz für Landes-und Sicherheitspolitik ein staatstragendes Image aufbauen, und die Reden über den ÖKB als *„stabilisierende Wertegemeinschaft"* sollen ein Zugeständnis an den modernen Sprachgebrauch sein. Man verweist nicht ungern darauf, daß man immerhin bundesweit 250 000 Mitglieder zählt, fast zumindest, die Zahl am letzten Stand zu halten sei durch die Instabilität der Todeslisten schwierig, erklären die Funktionäre. *„Frieden in Freiheit„*, lautet das Motto des ÖKB. Sein einigendes Symbol ist noch immer das „Deutsche Kreuz", das Hoheitszeichen der deutschen Wehrmacht.

ÖKB-PRÄSIDENT OTTO KEIMEL

SOLDATENWORT, MÄNNERWORT, DEUTSCHES WORT

Das „Vaterland", dem die Kameradschaftsbündler durch alle Diktaturen hindurch die Treue versprechen, ist nicht nur ein ethnisch definiertes, sondern auch ein frauenloses. Ihr Heldentum ist ein männliches, an einen ausgrenzenden Nationsbegriff und an eine militarisierte Gesellschaft gebundenes Heroentum. Ihre Erinnerung kultiviert Geschichte als eine von Männern für Männer gemachte Geschichte, in der Frauen nur als Objekte soldatischer Pflichterfüllung vorkommen, als die „Frauen und Kinder", die es zu schützen gilt, oder als ihre Helfeshelferinnen, als die „aufopfernden" Krankenschwestern oder Sammlerinnen von Winterkleidung, die dazu beitragen, daß das mörderische Treiben des männlichen Heldentods weitergehen kann. Kameradschaftlicher Totenkult hält eine politische Vorstellung am Leben, die Frauen aus der Gesellschaft und der Sprache verdrängt.

Im Jahr 1998 beginnt der Präsident des ÖKB, Otto **Keimel**, seine Reden mit „Liebe Kameradinnen und Kameraden", und welche Rolle haben diese „Kameradinnen"? *„Fahnenmütter und Patinen"* und irgendwo soll es sogar eine „Schriftführerin" geben, erklärt Keimel stolz. Vor den Kriegerdenkmälern, auf denen ihr

Ausschluß aus der Geschichte so deutlich wie kaum symbolisiert wird, schenken die „Markentenderinnen" des ÖKB manchmal Wein oder Schnaps aus. Diese Gedenkstätten der Kameradschaftsbünde sind keine Mahnmale gegen den Krieg, sondern Ehrenmale: öffentliche Ehrungen von Tätern und Mitläufern als jene, die ein „Opfer" gebracht haben, ein „Opfer", das zwischen 1939 und 1945 den nationalsozialist. Massenmord ermöglichte und verlängerte. Für die Frauen, die gegen das Regime, das diesen Massenmord betrieb, in den Widerstand gingen, reicht der Begriff des „Heldentums", wie ihn die Kameradshaftsbünde haben, nicht - für die Mörder dieser Frauen sehr wohl.

Das sinnstiftende Element im Geschichtsbild des ÖKB ist der Krieg für die „Heimat", unabhängig davon, welche Uniform die Soldaten trugen und welches Regime sie verteidigten, „deutsch" oder „österreichisch" war es auf jeden Fall, und gegen die „Fremden" ging es, und die Verantwortung liegt natürlich immer bei den anderen. 1984 hieß es in einer Rede bei einem Soldatentreffen in der Südsteiermark: „*Ich freue mich, daß Sie den weiten Weg nicht gescheut haben, an den Hofzaun des Reiches zu kommen! An den südöstlichen Zipfel deutscher Zunge, damit auch das unmißverständlich gesagt ist! Und ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich war mit Leib und Seele Soldat und möchte keinen Tag missen...*"[3]

In der Zeitung des ÖKB, „Der Kamerad" wird die deutsche Schuld am 2. Weltkrieg angezweifelt und die nationalsozialistische Kriegsführung glorifiziert. Antisemitismus und Rassismus ziehen sich durch die Ausgaben der 80er und 90er Jahre, die Werke rechtsextremer Pseudohistoriker vom Schlage eines David **Irving** oder eines Maximilian **Czesany** finden sich unter der empfohlenen Literatur. Selbst im schaumgebremsten Jahrbuch 1998 darf der Pressereferent des Landesverbandes Kärnten, Herbert **Semmelrock**, klagen: „*Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches bedeutete für Österreich eine Periode der Rechtlosigkeit...*"

Die Feiertage des ÖKB sind der Allerseelentag, die Highlights aus der Geschichte der „Abwehrkämpfe" und der braune Almauftrieb zu den SS-Gedenktafeln am Kärntner Ulrichsberg. Der 8. Mai wird als Datum einer „*Niederlage*" und „*Besatzung*" - vermutlich auch als Kriegsende, bei dem „*die Stimmung nicht mehr so gut war*", um die oberösterreichischen Kameraden zu zitieren - übergangen. Der ÖKB steht in der Tradition der Pflichterfüllung der nationalsozialistischen Wehrmacht, die 1945 natürlich nicht befreit wurde, und er schließt explizit alle aus, die diesen Tag als Befreiung empfanden: WiderstandskämpferInnen, Deserteure, EmigrantInnen, die Überlebenden des Holocaust.

LANDESFAHNE DES OBERÖSTERREICHISCHEN KAMERADSCHAFTSBUNDES

FÜR WALDHEIM, WEHRMACHT, ULRICHSBERG!

Als Bundespräsident Kurt **Waldheim** 1987 aufgrund seiner Auffassung von Pflicht und Erinnerung ins Schußfeld internationaler Kritik geriet, überschlug sich der ÖKB in Solidaritätsbekundungen. Tausende Kameraden meldeten sich für die auf einmal begehrte US-Watch-List an, allen voran die Steirer unter dem mittlerweile ehemaligen steirischen Landtagspräsidenten Franz **Wegart** - das ist jener Herr, der als „*altes Frontschwein*" den „*schneidigen Hund von der Waffen-SS*" gern sein „*Soldaten - wort*" gibt und bis heute die steirische ÖVP bereichert.

Als 1988 ein den Holocaust verharmlosender Artikel im „Kamerad" erschien und der damalige ÖKB-Präsident Richard Schober deswegen den Schriftleiter absetzen wollte, bewiesen die Kameraden wieder Solidarität und erzwangen den Rücktritt von Schober.

1997 eröffneten sie ein ganzes Trommelfeuer an „Abwehrkämpfen". Zunächst zogen die Kamerdschaftsbündler lautstark gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" ins Feld, besonders unter dem steirischen ÖKB-Präsidiumsmitglied, ehemaligen ÖVP-Landesrat und einstigem NSDAP-Mitglied Helmut **Heidinger**: da ging es um „*schmutzige Propaganda*", „*Fälschung*" oder etwas, für das man nur „*Verachtung und Ab scheu*" übrig hat, um nur aus einer einzigen Ausgabe des „Kamerad" aus diesen Monaten zu zitieren. Außerdem verteidigte der ÖKB die durch die Handschrift einiger Unbekannter in Mitleidenschaft gezogene SS-Gedenkstätte am Ulrichsberg erfolgreich gegen den gutgemeinten Ratschlag bürgerlicher AntifaschistInnen, bei einer Neugestaltung doch auch die WiderstandskämpferInnen einzubeziehen. Die Haltung der Kameraden zu diesem Punkt hat wohl am besten der Ehrenpräsident des steirischen ÖKB-Landesverbandes, Franz Wegart, in Worte gefaßt, als er 1996 unmißverständlich feststellte: Ein Deserteur „*ist und bleibt in meinen Augen ein Schuft.*„

„UNSERE EHRE HEIßT TREUE" - AUCH IM ÖKB

Kein Wunder ist es daher, daß nicht nur überzeugte Militaristen oder weniger Überzeugte, die einfach „ein schönes Begräbnis wollen" bei den Aufmärschen der Kameradschaftsbünde dabei sind, sondern auch hauptberufliche Rechtsextremisten. Offiziell streitet der ÖKB zwar immer jede Verbindung zu den SS-Kameradschaften ab, tatsächlich sind sie ausgezeichnet. In der Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände treten die am Rande des Neonazismus dahintümpelnde KAMERADSCHAFT IV (KIV) und die ihr inhaltlich nahestehende Kamerad-

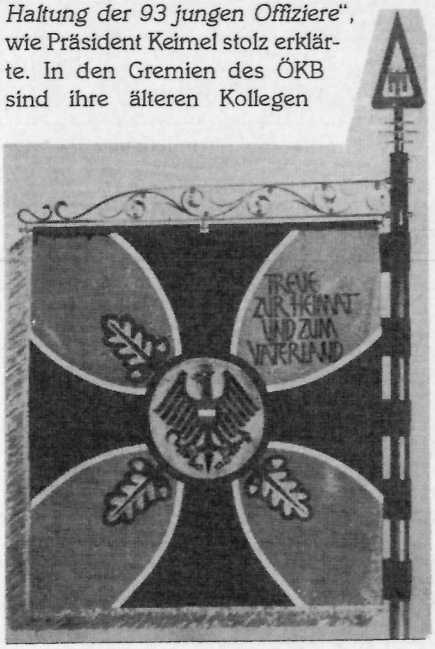
schaft vom Edelweiß zusammen mit dem ÖKB an die Öffentlichkeit, zuletzt einige Male gegen die „Wehrmachtsausstellung" in Graz.

Der Landesverband Kärnten integriert nicht nur personell den Neonazi Franz **Stourac** als Referenten für Öffentlichkeitsarbeit (er bekam für sein Eintreten gegen das *„Phantasieprodukt von der Judenvergasung"* 1990 Probleme mit dem Verbotsgesetz) und organisatorisch die ULRICHSBERGGEMEINSCHAFT, sondern auch die Ortsgruppen der KIV. Den Landesverbänden Tirol und Vorarlberg sind die KAMERADSCHAFTEN VON EDELWEIß angeschlossen. Im Präsidium des Landesverbandes Steiermark sitzt der unermüdliche Chef der KIV Gleisdorf, Karl **Schneider**; als Landeskurator und Lieblingspfarrer für den besinnlichen Teil der kameradschaftlichen Aufmärsche werkt Militärdekan Anton **Schneidhofer**, in der Südsteiermark als Mitglied des rechtsextremen Vereins um die Zeitung „Europa der Völker mit Südtirol" bekannt, die vor einigen Jahren partout die bajuwarische Herkunft der ÖsterreicherInnen beweisen wollte. Im Landesverband Burgenland sind Leute von KIV und KAMERADSCHAFT VON EDELWEIß offiziell als Referenten vertreten, nicht weiter erstaunlich, wo sich dort sogar der ehemalige Gauleiter und verurteilte Kriegsverbrecher Tobias **Portschy** - der dem Nationalsozialismus bis zu seinem Tod 1996 treu blieb - als Ortsverbandsobmann Rechnitz betätigen konnte. Der Landesverband Niederösterreich unterhält eine Partnerschaft mit der KIV, die erst 1997 wieder erneuert wurde.[4]

ÖKB-Funktionäre nehmen offiziell an Veranstaltungen der KIV teil und umgekehrt, gegenseitig werden Auszeichnungen und Medaillen überreicht, die „Kameradschaft" - Zeitung der KIV - druckt Nachrichten des ÖKB, Funktionäre der KIV schreiben in den Jahrbüchern des ÖKB, und Ortsgruppen des ÖKB hängen Ausschnitte aus der „Kameradschaft" in ihre Schaukästen. Man versteht sich blendend, und am besten faßt das wohl der von Herzen kommende Beitrag eines gewissen „Kamerad Fredi" aus Niederösterreich in Worte: *„In altem Geiste will ich schreiben und dies aus einem klaren Grund. Wir wollen immer Freunde bleiben, KIV und Kameradschaftsbund!"* [5]

RECHTS UM ZUR LANDESVERTEIDIGUNG

Die rege Betriebsamkeit rechtsextremer Gesinnungstäter beeinträchtigt aber keineswegs das gute Verhältnis des ÖKB zum österreichischen Bundesheer. In Sachen „umfassender Landesverteidigung" arbeitet man eng zusammen: Gemeinsam mit den Informationsoffizieren des Bundesheeres betreibt der ÖKB Beratung von Stellungspflichtigen und versucht, mit Werbeveranstaltungen den Sinn fürs Soldatentum in der Bevölkerung zu heben. Demonstrativ stellt das Bundesheer den Kameradschaftsbünden seine Einrichtungen und Akademien für Vorstands-und Präsidiumsklausuren zur Verfügung. 1997 äußerte sogar der gesamte Jahrgang der Militärakademie Wiener Neustadt bei seinem Jahrgangsfest den Wunsch nach einer Partnerschaft mit dem ÖKB, eine *„erhebende Haltung der 93 jungen Offiziere"*, wie Präsident Keimel stolz erklärte. In den Gremien des ÖKB sind ihre älteren Kollegen



bereits zahlreich vertreten, in den Kasernen versuchen die bejahrten Kameraden ihren Nachwuchs zu rekrutieren. Für das Landesverteidigungsministerium sind die Funktionäre des ÖKB genauso offizielle Ansprechpartner wie die Spitzen des Bundesheeres, wenn es um die Propaganda für die Aufrüstung und die Grenzsicherung geht.

Bundespräsident Thomas **Klestil** bescheinigte dem ÖKB *ein „hohes Potential an gelebter Solidarität"*, und verschiedene Minister lieferten als Zeichen ihrer Wertschätzung Beiträge für seine Jahrbücher ab. Obwohl die letzten Präsidenten des ÖKB aus den Reihen der ÖVP kamen wie Felix **Ermacora** und der momentane Chef Keimel, ist der ÖKB tatsächlich parteiübergreifend. PolitikerInnen von schwarzblau sind zwar vermehrt in seinen Ehrenämtern anzutreffen, doch auch SPÖlerInnen lassen sich nicht lange zu offiziellen Repräsentationen bitten.

In den Gemeinden am Land prägt der ÖKB das öffentliche Leben: kein kirchlicher Feiertag, bei dem die Kanonenschüsse der Kameradschaftsbündler nicht das Amen des Pfarrers unterstreichen, kaum ein Begräbnis, bei dem nicht eine Formation fahnen-und ordensbeladener älterer Herren antritt, und für Heldenehrungen nimmt sich die gesamte Gemeindevertretung samt Bürgermeister Zeit.

Fast alle Landeshauptleute sind Mitglieder der Kameradschaftsbünde oder übernehmen zumindest bereitwillig den Ehrenschutz für jedes Schnapsturnier greiser Ortsgruppenfunktionäre. Daß da mal ein Ehrenschutz für die KIV passiert wie 1992 in der Steiermark, ist angesichts der Ähnlichkeit verständlich. Und bei den Gedenken an den *„ruhmreichen Abwehrkampf"* im steirischen Radkersburg oder bei den *„Friedensfeiern"* am Kärntner Ulrichsberg stehen sie ohnehin alle wieder nebeneinander: Kameradschaftsbündler, KIVler, Bundesheeroffiziere und PolitikerInnen aller Schattierungen. Die Polizeikapelle spielt, und Militärlastwagen karren den alten Opa zum Ort der Feier, der den Aufstieg nicht mehr allein schafft. Im Totengedenken wird die Tradition der Täter, als Opfer bemäntelt, am Leben gehalten.

Die Kameradschaftsbünde personifizieren eine frauenauschließende, hierarchische und militarisierte Männerwelt, die selbst dem Morden für die Gaskammern in Auschwitz noch einen Sinn zu geben vermag. Dem militärischen Gleichschritt fühlen sich die Kameraden unter dem Oberbefehl von Adolf Hitler genauso verpflichtet wie unter dem Oberbefehl von Thomas Klestil. Ihre Kriegerdenkmäler konstruieren ein Heroentum, das der umfassenden Landesverteidigung ebenso gilt wie dem Vernichtungsfeldzug der deutschen Wehrmacht. Ihre Anerkennung durch das offizielle Österreich entlarvt die Sonntagsreden vom angeblichen Bruch mit den Traditionen des Faschismus als Lüge. 1998 steht auf einer Landesfahne des ÖKB: *„Treu der Heimat, treu dem Volke 1914-1918 und 1939-1945"*. ●

1 Landeschronist des oberösterreichischen Kameradschaftsbundes, Jahrbuch des ÖKB 1998.
2 Aus dem Jahrbuch des ÖKB 1997.
3 Aus: „Lot und Waage", Zeitung des AKVS, 3/1985.
4 Vergl. dazu die Jahrbücher des ÖKB 1997 und 1998 sowie das aktuelle „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus".
5 Vergl. dazu die „Kameradschaft" 1995-98.

Verbrechen der Wehrmacht

Malende Herrenmenschen

NACH GRAZ IST DIE AUSSTELLUNG ÜBER DIE VERBRECHEN DER WEHRMACHT AUCH IN SALZBURG MIT WIDERSTAND KONFRONTIERT. DAS BÜNDNIS AUS ALTEN WEHRMACHTS-/SS-KAMERADEN, „NEUER KRONEN ZEITUNG" UND REGIONALER POLITPROMINENZ AUS FPÖ, ÖVP UND SOGAR TEILEN DER SPÖ HETZTE MIT EINER AUCH FÜR ÖSTERREICHISCHE VERHÄLTNISSE UNGEWOHNTEN HEFTIGKEIT GEGEN DIE AUFKLÄRUNG ÜBER DEN VERNICHTUNGSKRIEG.

Der dabei federführende ÖSTERREICHISCHE KAMERADSCHAFTSBUND (ÖKB) organisierte sogar eine Gegenausstellung: Im Bilderzyklus „Schicksal in der Hand des Gegners - Kriegsgefangen" erkennen sich die alten Weltanschauungskämpfer und Nachfahren im Geiste einmal mehr als Opfer.

Gemalt hat die Bilder Walther **Groß**, der als „Obersturmführer" in der 1. SS-Panzer-Division LEIBSTANDARTE ADOLF HITLER in sowjetische Kriegsgefangenschaft wanderte. Nach seiner „Heimkehr" brachte es Groß - der Staatsvertragsregelung, wonach ehemalige (Waffen-)SS-Angehörige nicht in das Bundesheer übernommen werden dürfen, zum Trotz - dort gar zum Brigadier. Der Parade-Kriegsgefangene Groß gibt seine Geschichten seit Jahren in der rechtsextremen Szene zum Besten. So trat er schon mehrmals bei Veranstaltungen der einschlägigen ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP) auf. Aber auch der steirische Landeshistoriker Stefan **Karner**, der als wissenschaftlicher Kronzeuge der „revisionistischen" Ehrenrettungsversuche herumgereicht wird, greift gerne auf den Zeitzeugen Groß zurück.

Im Unterschied zu den GestalterInnen der „Anti-Wehrmachtsausstellung" durfte sich der ÖKB der vielfältigen Unterstützung seitens Salzburger Stadtpolitiker sicher sein. Die Bilder des SS-Schergens können etwa in einem kostenlos zur Verfügung gestellten Saal des Salzburger Rathauses betrachtet werden. Bürgermeister Josef **Dechant** (ÖVP) und Stadtrat Siegfried **Mitterdorfer** (FPÖ) teilen sich den Ehrenschutz über die ÖKB-/Groß-Ausstellung u.a. mit dem bekannten Alt-Nazi Otto **Roßkopf** von der KAMERADSCHAFT PRINZ EUGEN.

Gegenüber KritikerInnen behauptete Dechant: „Walther Groß verfügt über ein großes demokratisches Grundverständnis, er teilt seine Erfahrungen allen mit, die daran interessiert sind, mehr über diese entbehrungsreichen Jahre zu erfahren."

Diese Form der Entnazifizierung wollte Helmut Hüttinger vom Gemeinderatsklub der oppositionellen BÜRGERLISTE nicht unwidersprochen lassen. In einem Brief an den Bürgermeister schreibt er: „Sie führen aus, daß Walther Groß über ein großes demokratisches Grundverständnis verfüge. Im Gegensatz zu Ihnen habe ich an der Eröffnung der Ausstellung in der Säulenhalle am 1.3.1998 teilgenommen. Aus den Ausführungen von Herrn Groß war für mich dieses angebliche demokratische Grundverständnis nicht erkennbar. Abgesehen davon, daß Herr Groß mit seinen Bildern, deren künstlerischer Wert zumindest fraglich ist, nur die Zeit seiner Kriegsgefangenschaft darstellt und jene Zeit, in der er als hochrangiger SS-Angehöriger am Vernichtungsfeldzug in Rußland teilgenommen hat, völlig unerwähnt läßt, was zumindest zu einer erheblichen Einseitigkeit der Ausstellung führt, äußerte Herr Groß in seiner Rede zur Eröffnung auch bemerkenswerte Ansichten. So erklärte er sein Verhältnis zu ‚den Russen' in seiner Rede wörtlich folgendermaßen: ‚Mit dem Russen kann man nicht reden wie mit einer Kindergärtnerin, den Russen muß man anreden wie einen Hund, dann weicht er zurück.'"

●

Dürr wieder Bauer

Anläßlich der Landwirtschaftskammerwahl 1998 aktivierte der burgenländische Neonazi mit FPÖ-Vergangenheit, Robert **Dürr**, seine NOTWEHRGEMEINSCHAFT (NWG). Übers Jahr mit seiner PARTEI NEUE ORDNUNG (PNO), der Solidarität mit Herbert **Schweiger**, dem Kampf gegen die Ausstellung über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der Kontaktpflege zu deutschen Kameraden, Abteilung JUNGE NATIONALDEMOKRATEN bzw. NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI, beschäftigt, stellte sich Dürr nun gemeinsam mit NWG-Spitzenkandidaten Michael **Gruber** (Pamhagen) der Wahl. Mit mäßigem Erfolg: Die NWG konnte gerade mal 1679 Stimmen (=4,81%) auf sich vereinigen, was fast einer Halbierung des Stimmanteils gleichkommt. Die beiden glücklosen Wehrbauern wurden von folgenden KandidatInnen unterstützt: Michael Weissenbäck (Donnerskirchen), Helmut Prunner (Markt St. Martin), Anton Gmeindl (Jennersdorf), Hans Beck (Gols), Gustav Kurz (Unterschützen), Margarete Fridrich (Weiden/See), Franz Engel (Schützen/Geb.), Karl Gmeindl (Neumarkt/Raab), Elisabeth Riepl (Gols), Leopold Koppitsch (Neusiedl/See), Marie-Luise Thier (Weiden), Richard Wartha (Schützen)

●

Evola in Wien

Das Netzwerk der EUROPÄISCHEN SYNERGIEN/SYNERGON und die Hamburger DEUTSCH-EUROPÄISCHE STUDIENGESELLSCHAFT (DESG) planen für 23./24. Mai ein „Frühjahrsseminar" zu Julius **Evola**, einem der bedeutendsten Philosophen des Faschismus. Es entspricht dem konspirativen Gehabe der streng hierarchisierten SYNERGIEN, die in Österreich bis vor kurzem von Jürgen **Hatzenbichler** vertreten wurden, den genauen Veranstaltungsort „innerhalb Wiens" erst mit der Anmeldebestätigung bekanntzugeben. Als Referenten sind der römische Philosoph Luciano **Arcella**, der ungarische Faschist Alexander **Barti**, der Kopf von SYNERGON Robert **Streuckers** aus Belgien und der Wiener Martin **Schwarz** angekündigt. Hinter Schwarz, der für „Nation & Europa" und „Sygill" schreibt, verbirgt sich Robert **Schwarzbauer**. Schwarzbauer studiert an der Wiener Uni und verfügt über beste Kontakte nach Osteuropa, insbesondere zu rumänischen Faschisten, sowie in die rechtsextreme Abteilung der Dark Wave-Szene, hier zu Gerhard **Petak** („Aorta").

PS: Latest News: Ort des Treffens: B! Olympia, Gumpendorferstr. 149. Wir werden uns in der nächsten Nummer ausführlicher mit den intellektuell-esoterischen Faschisten von SYNERGON beschäftigen.

●

Mörderischer Konsens

Ein Gerichstfall

NEBEN DER BEHAUPTUNG EINER EINZELTÄTERSCHAFT STELLT DAS LEUGNEN EINES POLITISCHEN HINTERGRUNDES DAS BELIEBTESTE MUSTER IM POLIZEILICHEN UND MEDIALEN UMGANG MIT RASSISTISCHEM TERROR DAR. IM FALLE DES MÖRDERISCHEN BRANDANSCHLAGES VON WELS PLATZTE VOR GERICHT DIE MÄR VOM JUGENDLICHEN, ALKOHOLISIERTEN UND FRUSTRIERTEN ZUFALLSTÄTER.

Neben der Behauptung einer Einzeltäterschaft stellt das Leugnen eines politischen Hintergrundes das beliebteste Muster im polizeilichen und medialen Umgang mit rassistischem Terror dar. Im Falle des mörderischen Brandanschlages von Wels platzte vor Gericht die Mär vom jugendlichen, alkoholisierten und frustrierten Zufallstäter. Der damals 16jährige Neonazi Markus W. legte am 16. Mai 1997 in einem von MigrantInnen bewohnten Haus Feuer. Sukri Arifi (31) starb in den Flammen, elf BewohnerInnen wurden verletzt. Einen Monat später ging der Installateurslehrling, der als „Sieg Heil"-Rufer bekannt war und Österreich öffentlich einen „Judenstaat" zu nennen pflegte, der Polizei zufällig ins Netz. Rasch und erleichtert nahmen die ermittelnden Beamten die Darstellungen des Täters auf, wonach die Brandstiftung bloß eine alkoholbedingte Art der Verarbeitung von Frustationen gewesen sei. Daß W. unmittelbar vor der Tat im betrunkenen Zustand mit seinem Moped in eine Polizeikontrolle geraten sei, ging zunächst als Motiv durch. Warum er seine daraus herrührenden „Aggressionen" ausgerechnet gegen MigrantInnen richtete, beschäftigte die Behörden nicht weiter. Erst in der Anklageschrift wurde der Brandanschlag mit der rassistischen Einstellung von W. in Zusammenhang gebracht. Die Staatsanwaltschaft Wels sah nun im Mordanschlag ein Mittel der NS-Wiederbetätigung und forderte eine Verurteilung zu zehn Jahren Haft.

W.'s Rechtsanwalt Johannes **Kirschner** lieferte beim Prozeß Anfang Februar dieses Jahres einen eindrucksvollen Beweis der eigenen Weltanschauung: Sein Klient sei nicht grundsätzlich ausländerfeindlich, sondern er wolle nur keine Wirtschaftsflüchtlinge, appellierte der Anwalt an das rechte Bewußtsein der Geschworenen. Daneben zog er alle Register der Täterentlastung: familiäre Probleme, bloßes Mitläufertum in der Neonaziszene, Orientierungsschwierigkeiten und immer wieder Alkohol...

Die Geschworenen sahen im tristen Alltag des volkstums- und kostenbewußten Kampftrinkers höchstens Milderungsgründe und folgten mehrheitlich dem Ankläger im Vorwurf der Wiederbetätigung. Das milde Urteil: sechs Jahre Haft, zwei davon unbedingt.

Daß in Wels, wo ein sozialdemokratischer Bürgermeister mit Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung sich bis zum drohenden Parteiausschluß gegen die Umbenennung einer Kernstock-Straße stemmt und dem rechtsextremen ÖSTERREICHISCHEN TURNERBUND (ÖTB) die Mauer macht, jener Boden bestellt ist, auf dem Rassisten zur mörderischen Tat schreiten, ist leicht nachvollziehbar. Auch das Verhalten der Behörden überrascht in einer Stadt, deren oberster Staatspolizist sich gemeinsam mit dem Bürgermeister mit örtlichen Nazi-Größen zum Stammtisch trifft (vgl. **LOTTA** DURA 8/97), nicht wirklich. Der eigentliche Skandal liegt in der ausbleibenden Reaktion der Öffentlichkeit auf diesen ersten rassistischen Brandanschlag mit Todesfolge in Österreich. Aber vielleicht gelingt es auf der antifaschistischen Demonstration am 2. Mai in Wels nicht bloß mit Wut und einiger Verspätung um Sukri Arifi zu trauern, sondern seinen Tod in den gesellschaftlichen Kontext vor Ort zu stellen. Die neonazistische Offensive in Wels und Umgebung ist nur zu begreifen, wenn Sie in Zusammenhang gebracht wird mit der Duldung und gar Komplizenschaft seitens der Behörden, PolitikerInnen und dem gesunden Volksempfinden. ●

Dichterstein Offenhausen am Ende?

DEM ENGAGEMENT OBERÖSTERREICHISCHER ANTIFASCHISTINNEN SCHEINT NUN ENDLICH ERFOLG BESCHIEDEN ZU SEIN: DAS INNENMINISTERIUM GAB AM 24. APRIL DIE EINLEITUNG EINES VERFAHRENS ZUR AUFLÖSUNG DES VEREINS DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN BEKANNT UND VERFÜGTE MIT SOFORTIGER WIRKUNG DAS VERBOT JEDWEDER AKTIVITÄTEN DER RECHTSEXTREMEN GRUPPE.

Damit ist auch die heurige Abhaltung der „Dichtersteintage" in Offenhausen bei Wels/OÖ Ende April/Anfang Mai verunmöglicht. Unmittelbar vorausgegangen war dem späten behördlichen Vorgehen ein offener Brief an Innenminister **Schlögl** (SPÖ). Die streng legalistische und stramm sozialdemokratische INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS forderte Anfang März darin, den NS-Traditionsverein wegen Überschreitung seines statutarischen Zwecks aufzulösen. Unterzeichnet wurde dieser Brief von 231 Personen des öffentlichen und politischen Lebens, darunter Frauenministerin Barbara **Prammer** (SPÖ), sowie die oberösterreichischen Regionalpolitiker Josef **Stockinger** (ÖVP) und Rudi **Anschober** (Grüne).

In der Folge legte der Wiener Verfassungsrechtler Univ. Prof. DDr. Heinz **Mayer** ein Rechtsgutachten über die „Möglichkeit einer behördlichen Auflösung des Vereines 'Dichterstein Offenhausen' mit dem Sitz in

Offenhausen (OÖ)" vor: „Mit der Veröffentlichung der [...] besprochenen Vorträge hat der Verein gegen das allgemeine Wiederbetätigungsverbot des SS 3 VerbotsG verstoßen. Darüber hinaus wären die Vereinsorgane verpflichtet gewesen, bereits gegen den mündlichen Vortrag einzuschreiten. Allein diese Gründe hätten Anlaß für eine Vereinsauflösung sein müssen."

Neben diesem Gutachten, dem öffentlichen Druck und Beschlüssen von Gemeinderat und Landtag dürfte der VEREIN DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN selbst den Ausschlag für das behördliche Vorgehen gegeben haben. Sogar der Obmann des Vereins, Ottokar **Schöfer**, hat angesichts der Weigerung, eine taktische Frontbegradigung zu versuchen, seinen Rücktritt angekündigt. Als Grund für diesen Schritt gibt der prominente Rechtsextremist an: „Ich habe dafür plädiert, auch jüdische Schriftsteller auf dem Dichterstein zu verewigen, bin aber im Kuratorium auf Widerstand gestoßen. Sie wollen keine Juden droben haben."

Auch die für heuer geplante Enthül-

Großösterreichisches Deutschland

DIE WAHLEN IM OSTDEUTSCHEN SACHSEN-ANHALT HABEN EINMAL MEHR BEWIESEN, DAß ÖSTERREICH SCHON IMMER EINE VORBILDFUNKTION FÜR DIE DEUTSCHEN BESESSEN HAT. NICHT DESWEGEN SONDERN TROTZDEM BERICHTETEN DIE ÖSTERREICHISCHEN MEDIEN ÜBER DAS „ERSCHRECKENDE" EREIGNIS VON FAST 13% FÜR DIE DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) BEI DIESER WAHL, DIE DAS ANSEHEN DEUTSCHLANDS NACHHALTIG ZU SCHÄDIGEN SCHEINT. (VGL. KURIER 28.4.)

Daß in dem Zusammenhang auf die österreichische Situation „vergessen" wurde, zeugt von der hierzulande stattgefundenen Akzeptanz rechtsextremer und rassistischer Politik.

In einem einzigen Artikel wurde auf die zwischen"deutschen" Kontakte von DVU und FPÖ hingewiesen! So war der FPÖ-Abgeordnete und spätere Rechnungshofpräsident Tassilo **Broesigke** bei Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen die von DVU-Chef Gerhard **Frey** herausgegebenen „Deutschen Nationalzeitung" (DNZ) deren Rechtsverdreher. Aber auch hochrangige ÖVP-Mannen wie etwa Josef **Ratzenböck** scheuten den Kontakt nicht und gaben dem „Deutschen Anzeiger", der ebenfalls zum Verlagsimperium von Frey zählt, zum Thema „Woram glauben Sie?" bereitwillig Auskunft. Daß Haiders „Umvolkungsexperte" Andreas **Mölzer** und der ehemalige FP-Abgeordnete und Bundespräsidentschaftskandidat Otto **Scrinzi** dabei nicht fehlten erklärt sich von selbst. Scrinzi war es auch, der beim alljährlichen DVU-Parteitag in Passau die Volksabstimmung von 1938 beschwor, bei der die Mehrheit der Österreicher ihren „wahren Willen" kundtat. Wo er recht hat, hat er recht.

Unter ein ähnliches Licht geraten auch auf die DVU gemünzten Aussagen, die "wie die Nationalsozialisten optimal Nationalismus und Sozialismus (kombinieren, A.d.A.)" (Kurier 28.4.) Davon kann wohl auch die FPÖ ein Lied singen, obwohl so ein Vergleich hierzulande einen größeren Skandal und mehr Konsequenzen (zugunsten von Haider) auslösen würde, als rassistisch motivierte Anschläge.

Auch das ständige Ausreden auf die hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt zeugt vom Gedächtnisschwund der ÖsterreicherInnen. Im Land mit der stimmenstärksten rechsextremen Partei beträgt die Arbeitslosigkeit gerade mal etwa ein Drittel verglichen mit der des ostdeutschen Bundeslandes.

Allein **Rauscher** im „Standard" hat es auf den Punkt gebracht: "(...) Wer eine eine üble rechtsradikale Hetzerpartei wählt, hat keine Entschuldigung." (Standard 29.4.) Hört an, hört an.

In alter Tradition berichtet auch die „Kronen Zeitung" über die „angeblich rechtsradikale und neonazistische" DVU. (Krone 29.4.) In bewährter Manier fragt sich Staberl, warum denn eigentlich DVU und FRONT NATIONAL „taxfrei die Gattungsbezeichnung 'rechtsextrem' bekommt, während die PDS, die sich ganz klar als Nachfolgepartei der kommunistischen DDR-Einheitspartei SED versteht und jetzt in Sachsen-Anhalt sogar 19,6 Prozent der Stimmen erhalten hat, gar niemals als 'linksextrem' bezeichnet wird." Täter werden zu Opfern, Rinks ist Lechts, und Staberl hat sich wieder einmal im Kampf gegen den „Antifaschistischen Sprach- und Tugendterror" verdient gemacht.

Aber auch die „Salzburger Nachrichten" stürzten sich auf den Wahlerfolg der DVU und brachten einen Vergleich rechtsextremer Parteien in Europa. Daß die Partei des **Le Pens** mit 15% zur stimmenstärksten Partei in Europa zählen soll, wird nicht nur **Haider** & Co. erfreuen. Durch die Bezeichnung der F-Partei als rechts ohne extrem befindet sie sich nach Kholscher Definition wieder innerhalb des „Verfassungsbogens" und somit als mögliche Bündnispartnerin für etwaige Koalitionen.

Im Gegenzug dazu bekommt dafür auch die NATIONALE ALLIANZ aus Italien ein Plätzchen im Reigen der rechtsextremen europäischen Parteien. Und daß, obwohl deren Chef Gianfranco **Fini** mit Haider nichts zu tun haben will und die NA die rassistischen Töne der FPÖ bei weitem unterschreitet. (Was nicht heißen soll, daß die NA keine rechte Partei ist. Es geht hierbei um die unterschiedlichen Maßstäbe, die hier angelegt werden.)

"(...) Es (war) ein Leichtes, der Bevölkerung einzureden, Ausländer würden ihre Arbeitsplätze besetzen und die Deutschem dem nackten Elend anheim fallen lassen. (...) In Österreich kennt man das.(...) Und wenn Deutsche Angst haben, neigen sie, wie die Geschichte beweist, zu Aggressionen gegen alles, was 'undeutsch' ist". (Standard 28.4.) Auch das kennt mensch in Österreich. Trotzdem lesen sich die Vorschläge für eine Reduzierung rechtsextremer WählerInnenstimmen, wie Eintragungen im Tagebuch des/der unsichtbaren ÖsterreicherIn:

"Rein populistische Antworten bringen nichts: Wenn die CSU jetzt mehr 'Recht und Ordnung'-Themen fordert, unterstützt sie ungewollt noch radikalere Forderungen von rechts." (Kurier 28.4.) Demgegenüber müssen sich SPÖ und ÖVP derart kritische Töne österreichischer JournalistInnen nicht anhören. Planet Österreich lässt grüssen. ●

---

lung eines „Namenssteins" für den hochrangigen belgischen SS-Mann Robert Jan **Verbelen** ist Ausdruck des völkischen Fundamentalismus. Der belgische Kollaborateur Verbelen (1911-1990) wurde 1947 wegen Mordes in mehr als hundert Fällen in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Das hielt die Republik Österreich nicht davon ab, Verbelen Ende der 50er Jahre die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Ein Wiener Geschworenengericht sprach den NS-Kriegsverbrecher im Rückgriff auf den entlastenden „Befehlsnotstand" frei. Bis ins hohe Alter trat Verbelen in Österreich und Deutschland bei rechtsextremen Veranstaltungen auf und publizierte in beinahe sämtlichen Blättern der Szene. Zudem hätte bei den heurigen „Dichtersteintagen" niemand geringerer als der 1996 nach NS-Verbotsgesetz (noch nicht rechtskräftig) verurteilte Konrad **Windisch** (ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK) mit dem „Dichtersteinschild" ausgezeichnet werden sollen.

Der 1963 von ehemaligen Nationalsozialisten zum Andenken an „deutsche" Dichtkunst gegründete VEREIN DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN sorgte alle Jahre wieder für Schlagzeilen. Das vom Verein gestiftete Monument in Offenhausen bei Wels wird von Kampfwörtern wie „Sippenreinheit" und „Artbewußtsein" verziert und galt als Pilgerstätte der einschlägigen Szene. Zu dem jeweils Ende April/Anfang Mai abgehaltenen Dichtersteintreffen reisten Rechtsextremisten und Neonazis aus dem In- und Ausland an, darunter Gerd **Honsik** oder Ewald **Althans**. Auch der Mitarbeiter von FPÖ-Klubobmann Ewald **Stadler**, Gerhard **Staudinger**, besuchte regelmäßig den Dichterstein. ●

Rechte Grüße aus der Stadt der Volkserhebung

Freiheitliche Gewinne, rosarote Rassenkunde und polizeiliche Ordnungsliebe

DES FÜHRERS TREUE STADT AUS DER EHEMALIGEN OSTMARK IST WIEDER EIN GUTES STÜCK NACH RECHTS GERÜCKT. BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN IN GRAZ IM JÄNNER ÜBERHOLTE DIE FPÖ UNTER IHREM SPITZENKANDIDATEN PETER WEINMEISTER DIE ÖVP UND WURDE ZUR ZWEITSTÄRKSTEN PARTEI.

Mit knapp 27% liegt sie nur noch ganze 3% hinter der stimmenstärksten SPÖ. Obwohl auch die KPÖ überraschend zulegte und ihre Mandatszahl verdoppelte, wurde im Endergebnis der blauschwarze Block gestärkt: das heißt das inhaltliche Bündnis aus einer permanent rechtsabweichenden ÖVP und einer aggressiv rassistisch agierenden FPÖ.

Allerdings muß gesagt werden, daß es die Freiheitlichen ziemlich schwer haben, ihren Konkurrenten in Sachen ausländerInnenfeindlicher Hetze noch eine Nasenlänge voraus zu sein. Die Warnungen vor einer „schwarzen Mafia" hatten die KollegInnen von der ÖVP ihnen schon weggeschnappt, sich damit allerdings nicht selbst definiert, sondern die angeblich drogendealenden und Sozialhilfe – kassierenden SchwarzafrikanerInnen. Der FPÖ blieb gar nicht anderes übrig, als noch drastischer aufzutreten als üblich, und überall nur noch „Rauschgifthandel, Verbrechertum und Nigerianer" und immer in dieser Kombination zu sehen. Und wenn dem Herrn **Weinmeister** alle Phantasie ausging, dann hatte er zumindest davon gehört, daß „Ausländer sich in Wartezimmern beim Arzt vorgedrängt haben". Die Antwort der GrazerInnen auf diesen paranoiden Unsinn war eine Steigerung des freiheitlichen Stimmenanteils um 1/3, und der neue Grazer Vizebürgermeister heißt seit Ende Februar Peter Weinmeister.

F-KANDIDATEN AUF DEN VORDEREN LISTENPLÄTZEN:

Peter Weinmeister
Maxie Uray-Frick (Beamtin)
Manfred Proske (Universitätslehrer)
Irmtraud Peternell (Apothekerin)
Gerhard Kurzmann (Historiker)
Peter Weiß (KFZ.Händler)
Georg Pöllibauer (Bautechniker)
Ferdinand Spielberger (Stadtrat)
Mares Rossmann (Hotelkauffrau)
Volker Wetschnig (Angestellter)
Erich Hyden (Magistratsbeamter)
Christian Royer (selbständig)
Alexander Lozinsek (Berufsdetektiv)
Helge Wolfgang Endres (Offizier)
Claudia Holzer (Juristin)
Heribert Wind (Polizeibeamter)
Gerd Paulewicz (Heeresbediensteter)
Christian Michael Fock (Arzt)
Robert Bergles (Polizeibeamter)

In der „Aula" präsentierte der Altpapa der rechtsextremen Szene, Otto **Scrinzi**, als Grund für den Erfolg der FPÖ und die Niederlage der SPÖ „demonstrative Ausländerfreundlichkeit". Das meinte auch die SPÖ selber: Innenminister **Schlögl** stellte die Ferndiagnose, die Schwarzafrikaner hätten die Prozentsätze zum Steigen oder Fallen gebracht, und empfahl „deutlich geringere Zuwanderung". Der Geschäftsführer der steirischen SPÖ, Karl-Heinz **Herper**, analysierte ebenso messerscharf: „Dunkle Hautfarbe ist den Leuten einfach zuviel." Einer SPÖ, die trotz salbungsvoller Sonntagsreden ihres Bürgermeisters Alfred **Stingl** bereits seit gut einem Jahr die Forderungen von ÖVP und FPÖ nach restriktiver AusländerInnenpolitik praktisch umsetzt, wird es nicht schwerfallen, die Ratschläge ihrer berufenen Rassespezialisten zu befolgen. Ansonsten schaffen es die Inländer- und Sicherheitsfreunde von Schwarzblau – so ihre Selbstbezeichnungen – mit einer satten Mehrheit in der Grazer Stadtpolitik auch alleine.

Zu den ersten, die sich dem verschärften Klima angepaßt haben, dürfte die Grazer Exekutive zählen: Schon im Juli 1997 veröffentliche das Käseblatt eines steirischen Eisschützenvereins „Stock-Heil" den Leserbrief „einiger mutiger Polizisten": „Der Verein ZEBRA, welcher mit gezielten Falschinformationen und ideologisch korrumpierten Politikern erfolgreich gegen die rechtmäßige Abschiebung von nachweislich kriminellen Ausländern ankämpft, sollte sich ehrlicherweise Trojanisches Pferd nennen..." Die freiheitliche Wahlkundgebung erfreute sich dann eines besonders eifrigen Schutzes vor nichtgenehmen Individuen und Trillerpfeifen, einem F-Fotografen, der die Gesichter der GegendemonstrantInnen filmte, wurde dafür ein geschützter Platz innerhalb der Polizeiabsperrungen zur Verfügung gestellt. Inzwischen ist die antifaschistische und linke Szene offenbar zum Feindbild Nummer 1 der Staatspolizisten geworden, die so sehr stört, daß der Zweck sehr viele Mittel zu erlauben scheint. Die Ruhe in einer Stadt, in der es offiziell „keine rechtsextreme Szene gibt" (Zitat dieselbe Staatspolizei) und die zu einem 1/3 FPÖ wählt, hat eben niemand zu stören. ●

DR. MANFRED PROSKE (UNIVERSITÄTSLEHRER)

FP-KANDIDAT HELGE WOLFGANG ENDRESS (OFFIZIER)

Lange Rede - völkischer Sinn

HBP Klestil spricht zu seinem Volk

ANLÄßLICH DER SECHZIGSTEN WIEDERKEHR DES „ANSCHLUSSES" ÖSTERREICHS AN DAS NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE REICH AM 12. MÄRZ WURDEN EINIGE REDEN IM ZEICHEN DES MAHNENS UND GEDENKENS GEHALTEN. DIE DES BUNDESPRÄSIDENTEN THOMAS KLESTIL VOR DEM BUNDESRAT VORGETRAGENE IST WIEDER SYMPTOMATISCH FÜR DEN UMGANG DES OFFIZIELLEN UND MEHRHEITS-ÖSTERREICHS MIT SEINER HAUSGEMACHTEN NS-VERGANGENHEIT.[1]

Für **Klestil** stellt der 12. März 1938 „den dunkelsten Tag in der Geschichte Österreichs" dar. Was war aber dann die Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, die als radikaler Wendepunkt in der juden- und jüdinnenfeindlichen Politik der Nazis gilt und vor allem in Wien als grausamer Höhepunkt der über Monate anhaltenden antisemitischen Pogrome gesehen werden muß? Außerdem brauchte es erst gar keinen „Anschluß" von außen durch das Deutsche Reich, weil dieser genauso von unten und innen vollzogen wurde. Bereits in der Nacht vor dem Einmarsch der deutschen Truppen ließen die WienerInnen ihrem Antisemitismus freien Lauf. Oder wie der Augenzeuge Carl **Zuckmayer** es beschreibt: „Was hier entfesselt wurde, war der Aufstand des Neids, der Mißgunst, der Verbitterung, der blinden böswilligen Rachsucht — und alle anderen Stimmen waren zum Schweigen verurteilt."[2] Die Zahl der Selbstmorde unter Wiener Juden und Jüdinnen, die in den beiden letzten Märzwochen auf 220 anstieg, spricht schrecklich genug für sich.

Klestil schafft es doch wirklich nur an zwei Stellen die Shoah zu erwähnen und einmal den österreichischen NS-Antisemitismus. Wenn er von *den* Opfern spricht, wird nicht klar, welche genau er meint. Den Glauben in sein österreichisches *Volk* verliert Klestil aber selbst nach dem NS nicht, weil für ihn „kaum ein anderes Volk (...) so eindrucksvoll bewiesen (hat), daß es lernfähig ist". So soll das Nach-Shoah-Österreich die „politischen Tugenden" „Demokratie und Freiheit" 1945 selbst „bitter erkämpft" haben. Schließlich sind für ihn nicht nur „einzelne Menschen, sondern auch Völker lernfähig".

Nicht ganz klar ist aber von welchen Grundannahmen *unser* HBP augeht, wenn er meint, daß „sich ausgerechnet in diesen Stunden größter Bedrohung [am 12. März 1938] erstmals in der Geschichte unserer Republik eine patriotische Massenbewegung zu formen begann". Dieser Satz kann doch wohl nur verstanden werden, wenn mit *patriotisch* deutschnational, und mit *Massenbewegung* die jubelnden Menschenmengen entlang der Einmarschstrecke Hitlers bis auf den Wiener Heldenplatz gemeint ist.

Der „brutale Druck von außen", die „Massenaufmärsche und Hetzparolen", „die Fremdherrschaft und Erniedrigung" sowie „Diktatur und Krieg" hätte diese Generation dermaßen „traumatisiert" und trotzdem habe sie 1945 eine „heroische Bewährungsprobe" überstanden. Für die Zeit von 1938 bis 1945 findet Klestil dann nur mehr die Worte „Kampf und Leid", „Entbehrung und Verzicht". So gesehen wird schon deutlicher von welchen Opfern Klestil vorrangig gesprochen hat:

sein armes österreichisches Volk. ●

[1] zit. n. Wiener Zeitung, 13.3.1998

[2] zit. n. Hans Safrian/Hans Wittek: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988

Österreich gibt sich die Ehre

VOM BUNDESPRÄSIDENTEN KLESTIL WURDE AUF VORSCHLAG VON SOZIALMINISTERIN ELENORE HOSTASCH DER IN BAD GOISERN WOHNHAFTE FPÖ-SENIORENFUNKTIONÄR ROBERT HAIDER, VATER DES FPÖ-CHEFS JÖRG HAIDER, MIT DEM "GOLDENEN EHRENZEICHEN FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK ÖSTERREICH" AUSGEZEICHNET. OFFIZIELLE BEGRÜNDUNG FÜR DIE VERLEIHUNG WAR SEINE TÄTIGKEIT FÜR DEN OBERÖSTERREICHISCHEN SENIORENBUND.

Eine NS-Karriere: Bereits im Juli 1934 war Robert **Haider** als illegaler Hitlerjunge und SA-Mann an einem Überfall auf einen Gendamerieposten in Kollerschlag (Bezirk Rohrbach, Oberösterreich) beteiligt. Anschließend floh er nach Bayern, wo er sich der ÖSTERREICHISCHEN LEGION anschloß und NSDAP-Mitglied Nummer 4.480.849 wurde. Nach der Etablierung der Naziherrschaft in Österreich gehörte er als Gaujugendverwalter der DEUTSCHEN ARBEITSFRONT (DAF) von „Oberdonau" zu den Trägern des verbrecherischen Regimes und tat sich auch im anschließenden Kriegseinsatz besonders im Sinne der NS-Ideologie hervor. Nach dem Krieg wurde Haider von der U.S.-Armee allerdings als „minderbelastet" eingestuft und gehörte bei der Gründung des VdU zu den „Männern der ersten Stunde". Später war Haider als Bezirksparteisekretär der FPÖ Gmunden tätig. Das „profil" vom 23.12.1995 zitiert Haider sen. mit den Worten „Ich bereue nichts. Ich würde der Sache wieder dienen."

REAKTIONEN

In der folgenden Diskussion um die Verleihung des Ehrenzeichens weist das Sozialministerium, welches das Ansuchen zur Ehrung an die zuständige Präsidentschaftskanzlei weitergeleitet hat, ein persönliches Engament der Ministerin Hostasch aber zurück. Volker **Kier** vom Liberalen Forum vermutete auch eine Geste Klestils an Jörg Haider, um eine spätere Unterstützung im Präsidentschaftswahlkampf zu erhalten. Der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der Austria Presse Agentur, Heinz Altschul, ebenfalls Träger der Auszeichnung, sendete sein „Goldenes Ehrenzeichen" zurück. Begründung: Robert Haider habe als illegales NS-Mitglied und Angehöriger der „Österreichischen Legion" aktiv an der „Untergrabung der damals noch unabhängigen Republik Österreich" mitgewirkt. Von seiner damaligen politischen Einstellung habe Haider sen. nie öffentlich Abstand genommen. Es sei für ihn unmöglich, „im Besitz einer nur ähnlichen Auszeichnung zu bleiben, wie sie Robert Haider zuerkannt wurde", so der Journalist. ●

Quellen: No Pasaran 9/98
Der Standard vom 8. 1 1998

Schwarzbraune Koalitionen

„Wehrhaftes Christentum"

„Ja, machen wir endlich Schluß mit dem Antisemitismus."
(Andreas Mölzer, Aula 5/94)

Am 12. März verurteilte der Östereichische Presserat Robert **Prantner**, katholischer Fundamentalist im Dunstkreis des Engelwerkes und Berater von FPÖ-Klubchef Ewald **Stadler** in Sachen Rettung des Abendlandes. Der Theologe habe mit einem antisemitischen Artikel in der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit" die „Berufspflichten der Presse verletzt".

Vorgeschichte: In der Ausgabe 7/97 (5.-11. Dezember) von „Zur Zeit", dem jüngsten Projekt der beiden rechtsextremen Schreibtischtäter Andreas **Mölzer** und Jürgen **Hatzenbichler**, greift Prantner den Ritualmordvorwurf gegen Juden und Jüdinnen auf. Unter dem Titel „Gratwanderung auf einer Einbahnstraße" widmet sich der wehrhafte Christ, der bis 1992 als Studienleiter der Politischen Akademie (ÖVP) werkte, den aktuellen Versuchen einiger seiner Glaubensgenossen, sich mit dem „Judentum" zu versöhnen. Die dem Gerede von der „Versöhnung" immanente Ungeheuerlichkeit, daß es sich nämlich beim Antisemitismus nicht um ein klares Verhältnis von Angreifern und Opfern, sondern um einen „Streit" zwischen zwei Gruppen handle, wird von Prantner konsequent gesteigert. In bewährter Manier gibt er den Juden und Jüdinnen (Mit)Schuld an deren Verfolgung und verlangt auch noch, daß sie sich für die „blutigen Verbrechen jüdischer Vertreter (nicht 'des Judentums' an sich) an katholischen Christen" entschuldigen. Die unter Rücksichtnahme auf den Verhetzungsparagraphen gewählte Formulierung ist dennoch verräterisch: Wen sollten denn die der Verbrechen bezichtigten Juden und Jüdinnen „vertreten", wenn nicht die gesamte Religionsgemeinschaft? Prantner selbst wird ein paar Zeilen weiter unten deutlicher: „Auch das Blut gemordeter Christen, vergossen durch jüdische Hand, schreit zum Himmel! So erwartet man einen Kongreß der Weltjudenheit auf religiöser Grundlage, in dessen Verlauf das 'Neue Gottesvolk' - des 'Neuen Testaments', geboren aus dem Blute Jesu, am Kreuze durch den Hohen Rat der Judenheit vor knapp 2000 Jahren - um Verzeihung gebeten wird."

Im Rückfall hinter das II. Vatikanische Konzil macht Prantner also wieder die „Judenheit" für den Tod Jesu verantwortlich und behauptet zudem eine Bringschuld der „Weltjudenheit" - früher: „Weltjudentum". Aber dieses weigere sich bis heute beharrlich, sich für „durch jüdische Hand" begangene „Verbrechen" zu entschuldigen: „Denn niemals schienen diese jüdischen Persönlichkeiten die Demut in ihrem eigenen Sinne und Gewissen zu mobilisieren, auch ein Wort, eine Geste, ein Zeichen des Bedauerns, der Reue, der Entschuldigung zu setzen". Prantners antisemitische Ausfälle beziehen ihre Energie aus einem weiteren altbekannten Vorwurf, nämlich dem der Blindheit und der Verweigerung „gegenüber den zentralen Wahrheiten der christlichen Offenbarung, wie der Gottheit (...) des jüdischen Sohnes der Jüdin Maria, Jesus von Nazareth."

Seine „Gratwanderung" gipfelt schließlich im Wiederaufgreifen des Ritualmordvorwurfes: „Es wäre eine Verfälschung der Geschichte, etwa bestimmte Ritualmorde zu mittelalterlicher Zeit dem phantasiebestimmten 'Haß des Nationalsozialismus' zuzuschreiben. Auch Verbrechen von jüdischen Menschen an Christen sind beklagenswerte Geschichte, an Kindern, wie etwa dem seligen Märtyrerkind Anderl von Rinn wie an erwachsenen Menschen zu vorösterlicher Zeit."

Abschließend attackiert der fundamentalistische Theologe den Innsbrucker Altbischof Stecher, der dem Spuk und Aberglauben rund um den „Judenstein" von Rinn/Tirol endgültig die kirchliche Legitimation entzog. Nachdem der Vatikan bereits 1965 den Anderl-Kult sistiert hatte, fand der Antisemitenrummel 1994 mit dem definitiven Verbot des Kultes rund um den „Judenstein" durch Stecher zumindestens ein offizielles Ende. Schon 1985 veranlaßte dieser die Entfernung der angeblichen Gebeine „Anderls" aus dem Altar der Rinner Kirche. Auch das antijüdische Fresko wurde in der Folge übermalt. Prantner outet nun Stecher als (gekauften!) Verräter am wahren Glauben, der zudem „schlecht beraten (war), für die Liquidation der Verehrung des kleinen Märtyrerkindes eine goldene Ehrenmedaille der Innsbrucker Kultusgemeinde und/oder der jüdischen Loge B'nai B'rith just am Fronleichnamfeste der Katholischen Kirche entgegenzunehmen." Mit dem Verweis auf Fronleichnam, dem im 13. Jahrhundert etablierten katholischen Festtag, an welchem die Verwandlung der Hostie in den „Leib Christi" gefeiert wird, soll die Schändlichkeit der Ehrung noch mal hervorgehoben werden: Wie die Ritualmorde zu Ostern ist auch die Verleihung einer Ehrenmedaille durch die „Judenheit" ausgerechnet an diesem Tag Ausdruck der antichristlichen, gotteslästerischen Verschwörung. Im Entdecken von Sinn, wo keiner ist, gleicht das antisemitische Weltbild dem von ParanoikerInnen.

Projektion

Die Ritualmordlegende trat das erste mal gegen Mitte des 12. Jahrhunderts in Westeuropa in Erscheinung und wurde rasch zum fixen Bestandteil der antijüdischen Volksreligion. Den Höhepunkt ihrer Verbreitung fand sie im 15. Jahrhundert, auch gegen die mehrmaligen Verbote durch Papst und Kaiser. Das Muster war stets das gleiche und wurde oft unter grausamster Folter von Juden und Jüdinnen in Verhören als „Geständnis" reproduziert: Eine jüdische Gemeinde kauft sich oder stiehlt - zumeist um Ostern - ein Christenkind, um an ihm in blutmagischen Ritualen die Passion Jesu zu wiederholen und zu verhöhnen. Bezeichnenderweise taucht das blutmagische Motiv in der Mitte des 13. Jahrhunderts auf: Seit die KatholikInnen begannen, in der Eucharistie den Leib und das Blut Christi zu verzehren, wird in den meisten Ritualmordlegenden das Blut des Kindes zum Pessachfest den ungesäuerten Broten (Mazzen) beigemengt und verzehrt. Von den antijüdischen Anklägern und Angreifern werden schließlich - sofern ein realer Todes- oder Mordfall die Grundlage der Legendenbildung abgibt - Wunder an deren Gräber phantasiert und die Kinder zu „Märtyrern" erhoben. Oft standen Ritulamordlegenden am Beginn von Pogromen und Vertreibungen, zuletzt im polnischen Kielce 1946, wo das Gerücht von Kindesentführungen bereits für die Ingangsetzung der antisemitischen Angriffswelle ausreichte.

Der Anderl-von-Rinn-Kult hat seinen Ausgang in den Erfindungen des Haller Damenstiftsarztes Ippolito Guarinoni, der - angeregt vom Erfolg der Legende des „Simon von Trient" (1475) - ohne

realen Todesfall oder entsprechender Anklage Mitte des 17. Jahrhunderts den 180 Jahre zurückliegenden „Märtyrertod" des Trioler Jungen Andreas Oxner im Alter von drei Jahren behauptete. Wie im Falle des „Simon von Trient" erkannte jedoch der Vatikan den „Anderl" als „Märtyrer" an.

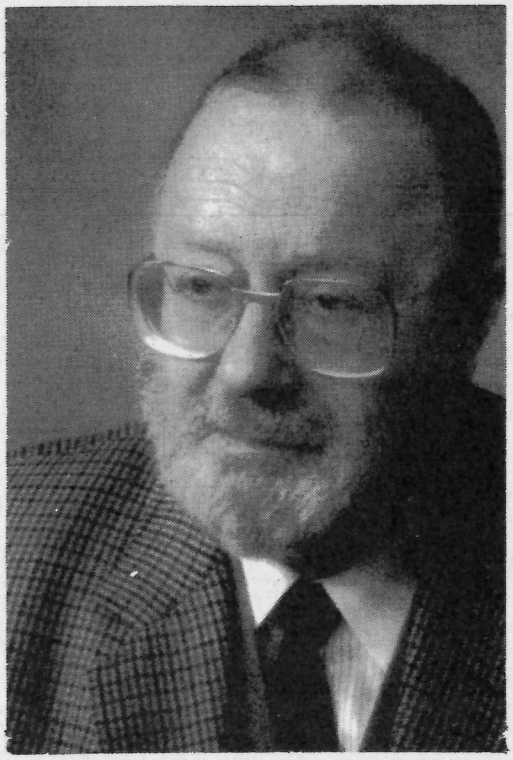
Der hinter den Ritualmordbeschuldigungen liegende psychologische Mechanismus kann als Projektion bezeichnet werden. Während die jüdische Religion sich gerade durch ein Bluttabu und das strikte Verbot von Menschenopfern auszeichnet, wurden beide archaische Motive im Christentum konserviert. Die Projektion der eigenen rituellen Blutmagie (Eucharistie) auf die jüdische Religion ist Ausdruck des schlechten Gewissens. Denn unter theologischem Aspekt erscheint insbesondere der Katholizismus als Rückfall hinter das Judentum: Neben den genannten Motiven ist hier vor allem die Relativierung des Monotheismus im Dogma von der „Heiligen Dreifaltigkeit" zu nennen.

Gerade unter der Herrschaft jenes religiösen Kultes, in welchem der „Erlöser" dauernd symbolisch verspeist wird, stellt der Kannibalismus die „verborgenste Projektion des antisemitischen Mechanismus" (Léon Poliakov) dar. Daneben werden eigene sadistische Triebregungen auf Juden und Jüdinnen projeziert: Im empörten Nacherzählen der Ritualmordlegende können die eigenen Gelüste ausgelebt werden.

Freiheitliche Katholiken

Mit dem Abdruck von Prantners antisemitischen Ausfällen vernachlässigte die sonst so auf Salonfähigkeit bedachte „Zur Zeit" rascher als erwartet ihre Deckung. In den späten Reaktionen auf die Kritik seitens des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) und einiger Medien bewiesen der **Haider**-Berater Mölzer und seine Kameraden, daß es sich dabei nicht um einen Ausrutscher handelt. Prantners Artikel erscheint da einfach als Diskussionsbeitrag „zum Thema jüdisch-christliche Versöhnung", der laut Mölzer keine „antisemitischen Tendenzen" aufweise. Und wieder machen die Täter auf Opfer der „linksextremen Gesinnungskontroll-Organisation" DÖW, welche nicht akzeptieren könne, daß mit dem konservativ gewandeten Faschistenblatt „Zur Zeit" ein „Organ entsteht, welches allen Dogmen des zeitgenössischen Linksfaschismus widerspricht." (ZZ 3/98)

Unterstützung erhielt Prantner erwartungsgemäß aus dem schwarz-braunen Milieu. So erklärte sich die klerikalfaschistische Laienorganisation Pro Occidente „völlig solidarisch" mit dem verfolgten Gesinnungskameraden. Der inkriminierte „Zur Zeit"-Artikel sei „ein differenzierter, von ehrlicher Sympathie gegenüber dem Judentum getragener, freilich gewisse Defizite auch kritisch einmahnender Beitrag zum Christlich-Jüdischen Dialog." Pro Occidente-Chef Ronald **Schwarzer** betätigt sich unter anderem in der Funditruppe Club Österreichischer Katholiken (CÖK). In dieser von Robert **Stelzl** (Zuträger des Dritten (FPÖ-) Nationalratspräsidenten Wilhelm **Brauneder**) geführten Päderastenlobby trifft er unter anderem auf Stadler, den „Aula"- und „Zur Zeit"-Autor Friedrich **Romig**, den lebensschützerischen Rechtsanwalt Alfons **Adam** sowie den Wiener Neustädter Militärpfarrer Siegfried **Lochner**. Letzterer sorgte 1996 mit seinem Festhalten an den berüchtigten und vom II. Vatikanum abgeschafften Fürbitten zu den „treulosen Juden" im Rahmen der Karfreitagsliturgie für Aufsehen. Daneben engagiert sich Lochner für den verurteilten Neonazi Sascha **Kaspar**, den er von der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) in den Schoß der katholischen Kirche geführt hat.



Ein Katholik: Robert Prantner

FPÖ-Programmschreiber Stadler selbst sieht im Prantner-Artikel naturgemäß ebenfalls keinen Antisemitismus und spricht vielmehr von „böswillige(r) Unterstellung" seitens des DÖW. Doch ganz wohl dürfte dem Schmißgermanen (Universitätssängerschaft Skalden, Innsbruck) bei der ganzen Sache nicht sein: Der Herr Klubobmann verwehrt sich dagegen, daß das DÖW Pranter als „Stadler-Intimus" bezeichnet. Gegenüber der „Presse" betont Stadler, er sei mit Prantner bloß „gut bekannt". Auch der Beitrag des fundamentalistischen Theologen zum neuen FPÖ-Programm wird von Stadler gering veranschlagt. Das „wehrhafte Christentum", das in der Endfassung zum „Christentum, das sein Werte verteidigt" mutierte, sei schon auf dem Mist des Klubchefs gewachsen, „Prantner ist aber erfreut darüber" (Stadler). Die Freude muß groß gewesen sein: Mit der ganzen Kraft seiner theologischen Autorität versuchte Prantner, FPÖ-FunktionärInnen persönlich vom umstrittenen Programmentwurf zu überzeugen. Umgekehrt springt Stadler für Prantner in die Bresche: Er machte die Verweigerung der Prüfungsvollmacht Prantners an der Philosophisch-theologischen Hochschule Heiligenkreuz, wo dieser seit 1984 unterrichtet, am 11. Dezember 1997 zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an Wissenschaftsminister Einem. Darin bezeichnet Stadler Prantner als „international anerkannter und geschätzter Wissenschafter" und nennt die Begründung für den Schritt eine „Aufzählung fadenscheinigster Anschuldigungen gegen die Qualifikation und Integrität Prof. Prantners". Stadler kann sich nicht des Verdachtes erwehren, bei dem Entzug der Prüfungsvollmacht handle es sich um „eine rein politisch-motivierte Kampagne gegen Prof. Prantner (...), die zutiefst gegen das Menschenrecht der freien Meinungsäußerung, gegen die staatsbürgerlichen Grundrechte der Lehr- und Lernfreiheit sowie gegen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung verstößt." ●

Quelle: http://iguwnext.tuwien.ac.at/~doew

Organisierte Kriminalität . . .

. . . im Innenministerium

DEM SOZIALDEMOKRATISCHEN INNENMINISTER KARL **SCHLÖGL** WAR ES WICHTIG MITZUTEILEN, „DAß DIE EXEKUTIVE DIE AUFGABE HAT, SOWOHL GEGEN DIE GEFAHREN DES RECHTS- WIE AUCH DES LINKSEXTREMISMUS VORZUGEHEN. HIER MUß MAN IN BEIDE RICHTUNGEN WACHSAM SEIN."

Einen besseren Ort und Interviewpartner für diese Aussage hätte sich Schlögl nicht aussuchen können: Das rechtsextreme Wochenblatt „Zur Zeit" und den wegen einschlägigen NS-Delikten verurteilten österreichischen Paradefaschisten Jürgen **Hatzenbichler**. Jener erwarb sich seine zentrale Position in der rechten Szene durch die Mitgliedschaft in

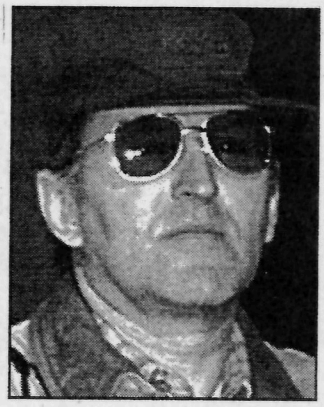
SCHLÖGL IM GESPRÄCH MIT NEONAZI HATZENBICHLER

Gerd **Honsiks** „Nationaler Front", später in der NSDAP-AO (Aufbau- und Auslandsorganisation) und ergatterte schließlich die bequeme Stellung eines Schreibtischtäters in der „Zur Zeit„-Redaktionsstube, die vom FPÖ-Umvolkungsexperten Andreas **Mölzer** geführt wird. Während es bisher zumindest noch Usus war, Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzten, hofiert Schlögl einer Postille, die wenige Tage später wegen eines antisemitischen Artikels vom österreichischen Presserat verurteilt wurde.

Seine ersten Sporen verdiente sich auch der Salzburger Polizist Paul **Wagner** in der Sozialdemokratie - 18 Jahre Parteimitglied. Auf seinen Ruf als „Bluthund" ist er stolz.. Ebenso auf seine „1727 Aufgriffe und 150 Belobigungen", darunter angeblich auch eine Medaille vom Bundespräsidenten. Lob gab es Ende des vergangenen Jahres auch vom blauen Fähnleinführer **Haider** : „Ein Mann, der sich mit der Mafia angelegt hat". Der Polizist stand im Mittelpunkt einer „Datenklau"-Affäre.
Dem inzwischen suspendierten Kriminalbeamten wird vorgeworfen, mit Hilfe eines Kollegen interne Daten aus der Fremdeninformationsdatei des Innenministeriums an die FPÖ weitergegeben zu haben. Haider präsentierte die Computerprotokolle bei einer Pressekonferenz am 17. Dezember - mit dem Hinweis, er habe „Zugang zu den geheimsten und vertraulichsten Daten des Sicherheitsapparates. Eine Ungeheuerlichkeit! Innenminister Schlögl soll Ordnung schaffen oder zurücktreten." Er, Haider selbst, werden wegen Verdacht auf Amtsmißbrauch Anzeige erstatten. Wenige Tage später flog „Unbekannt" auf. Dummerweise hatte der FPÖ-Häuptling nicht bedacht, daß Computerabfragen im System protokolliert werden und so seinen Informanten selbst ans Messer lieferte. Eben jenen Paul Wagner, FPÖ-Parteigänger und Mitglied der freiheitlichen Polizeigewerkschaftstruppe AUF (AKTIONSEINHEIT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER). Daraufhin erstattete die Salzburger Sicherheitsdirektion eine Disziplinaranzeige gegen Wagner und brachte eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ein. Nicht die erste, bereits im März 1997 wurde Wagner angezeigt, weil er die Redaktion der Salzburger Kronenzeitung mit Informationen gefüttert haben soll.

Er steht zudem unter Verdacht Dokumente unterschlagen zu haben: Laut Salzburger Justiz wurden bei der Durchsuchung seiner Wohnung ein Reisepaß und ein Führerschein gefunden, die der Beamte bei Kontrollen eingesackt haben soll. Zudem Dokumente, die Verbindungen zur Nazi-Bande „VAPO" (VOLKSTREUE AUßERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION) nahelegen. Der Kontakt ist auch von Seiten der Neoanzis evident. Der Name Paul Wagner findet sich auf einer mit „Heil und Sieg" unterfertigten Kontaktliste, die der derzeit inhaftierte VAPO-Chef Gottfried **Küssel** seinem Salzburger „Gauleiter" Günther **Reinthaler** 1991 übersandte - unter der Rubrik „g) werden informiert bei Mitteilungen". Dieses Liste, samt Wagners Nennung war Salzburger Polizei übrigens seit Jahren bekannt. Folgen hatte dies für Wagner nicht - den Innenminister stellte die SPÖ.

Verurteilungen in Sachen Amtsmißbrauch seitens Polizisten bleiben Einzelfälle. Meist verlaufen interne Untersuchungen über illegale Aktenläufe im Sande. Wie in jenem Fall, in dem FPÖ-Klubobmann Ewald „Doberman" **Stadler** einen Aktivisten der Grünen denuzierte. Nach der ökologisch motivierten Sachbeschädigung von Ebergassing nennt ein Anrufer den Namen des Grün-Aktivisten Thomas K. als vermeintlichen Verdächtigen. Die Information gelangt flugs zu Stadler, der K. prompt und öffentlich als Beispiel für die Verquickung der Grünen mit dem „linksextremen Terror" bezeichnet. Als K. durch seinen Anwalt klagt und per einstweiliger Verfügung recht bekommt, wird erst das gesamte Ausmaß des von Teilen der Exekutive begangenen Amtsmißbrauchs ruchbar. Stadler präsentierte vor Gericht nämlich Unmengen von internen Ermittlungsmaterials: u.a. Polizeifotos und Observationsberichte.



G. KÜSSEL UND FPÖ-GEFOLGSMANN PAUL WAGNER

●

Quellen: Falter 1-3/98,
Standard 15.1.98
Kurier 14.1.98

Was die Rechten schreiben...

...sagen und besitzen

UM MIT DEN NEUESTEN RECHTEN ENTWICKLUNGEN AM ÖSTERREICHISCHEN MEDIENMARKT MITZUHALTEN, MUß WOHL AUCH DIE „ZUR ZEIT" (ZZ) IN DIESE REGELMÄßIGE ZEITUNGSSCHAU AUFGENOMMEN WERDEN. IN NEGATIVER WEISE HEBT SIE SICH VON DEN ANDEREN BRAUNEN BLÄTTERN AB.

Im Vergleich zu den platten, geradezu ins Gesicht springenden rechten und rechtsextremen Inhalten der nur zu bekannten „Aula", „fakten" und dem „Eckartboten" verfolgt die ZZ eine „maskierte" Blattlinie. Hinter der vermeintlich „pluralistischen", „liberalen" und „diskussionsbereiten" Maske stecken nichtsdestotrotz die alten Ziele und Ideen eines Andreas **Mölzer** und Jürgen **Hatzenbichler**. Mehr über die Hintergründe der ZZ war schon in der letzten Nummer der Lotta dura (Nr.10/97) zu lesen.

Besonders in den Artikeln von Jürgen Hatzenbichler fällt das Bemühen auf, einerseits die Zeitung möglichst jung erscheinen zu lassen, andererseits sich nicht eindeutig auf eine Seite zu stellen und möglichst „objektiv" und „neutral" (also „querfrontstrategisch") sowohl über links als auch über rechts zu berichten. Hatzenbichler bezeichnet sich nur allzu gerne als „undogmatischen Rechten" und hatte zuletzt in einer vom „Standard" eingeladenen Diskussionsrunde mit Mölzer, Peter Kreisky und Silvio Lehmann zum Thema „1968" Gelegenheit dazu bekommen (UniStandard 2.März 1998). Als ob die auffälligen Werbungen der ZZ auf den Wiener Bus- und Straßenbahngarnituren nicht schon zuviel wären, muß sich auch noch der Standard für eine Gratiswerbung hergeben. Und warum begeben sich zwei Alt-Linke, wie Kreisky und Lehmann, frei***willig*** in eine Diskussion mit den *Neu*-Rechten Mölzer und Hatzenbichler und das noch dazu zum Thema *1968*? Aber anscheinend soll das das *normalisierte* Verhalten der Alt-Linken zu ihrem (ehemaligen?) politischen FeindInnen darstellen.

Der einzig positive Nebenaspekt dieser zutiefst uninteressanten Diskussion waren Hatzenbichlers Informationen zu seiner Vergangenheit (?): „Ich bin in der harten Neonaziszene drinnen gewesen. Als 14jährige haben wir uns Militärhemdchen gekauft und Wehrsportübungen nachgespielt." Gut zu wissen. Schuld an diesen Nazi-„Verirrungen" des jungen Hatzenbichler soll tatsächlich die 68er Generation sein. „Die 68er haben einen linken Antifaschismus durchexerziert, der weniger eine Beschäftigung mit dem Thema Faschismus zur Folge hatte, sondern eine Tabuisierung und ein Feinbild aufzeichnet, das genau das produziert hat, was es nicht haben wollte." Antifaschismus schuld am Faschismus? Hatzenbichler verwechselt hier wohl die Jahreszahlen und meint eher die 38er Generation. Für ihn sind aber die AntifaschistInnen die wahren „VerführerInnen" zum Neonazitum: „Die ersten Slogans haben wir aufgenommen mit Sprüchen, die aus der antifaschistischen Literatur gekommen sind. Mein Zugang zur Szene damals als Antiaufklärer, als Nationalsozialist war das Handbuch des Rechtsextremismus. Da waren diese schönen geilen Sprüche drinnen, vor denen sich jeder Lehrer und jeder 68er gefürchtet hat."

„Zur Zeit" Financiers

Als Gesellschafter hinter der rechtsextremen Wochenzeitung agieren:

*

der deutsche Berufsvertriebene und Verleger Herbert **Fleissner** (B! SUEVIA, Innsbruck)

*

der Grazer Leopold Stocker Verlag, der schon die „Aula" über Inserate finanziert

*

der monarchistische bis klerikalfaschistische Karolinger Verlag (Wien)

*

Andreas **Mölzers** Edition K3-Verlag

*

die deutsche Wochenzeitung „Junge Freiheit", aus deren Österreich-Ausgabe ja „Zur Zeit" hervorgegangen ist

Auf die gleiche Argumentationsschiene begibt er sich in seiner ZZ-Rezension des DÖW-Buches „Das Netz des Hasses", in der er vor allem vor dem „Führer durch die rechtsextremen Seiten des Internets" warnen will: „Revisionismus, amerikanische Nazis, Skinheads — alles ist in entsprechende Kapitel aufgegliedert. Wer neugierig ist, weiß wohin er muß. Auch wenn die http-Adressierung entfernt wurde." Hatzenbichler als Aufklärer?! „Das Dokumentationsarchiv scheitert hier ganz deutlich an der Ambivalenz, daß Aufklärung auch Propaganda für die Gegenseite sein kann." (ZZ Nr. 5/97) Hatzenbichler erfüllt hier seine vermeintliche „Querfrontstrategie", weil er einerseits vorgibt, die Rechten und Rechtsextremen nicht aktiv unterstützen zu wollen, weil er ja vor der angeblich so tollen Hilfe des DÖW zu Neonazi-Internetadressen zu kommen warnt, und sich andererseits wieder gegen das für die ZZ „äußerst umstrittene Dokumentationsarchiv" stellen kann. Mit einem Schlag erledigt er damit drei Ziele: sich zwischen den „Fronten" stehend zu geben, das DÖW anzufeinden und zugleich an seine Kameraden einen Hinweis auf die (Neo-)Naziszene im Internet zu geben.

In seinem Artikel mit dem Titel „Weltverschwörung — Spurensuche zwischen Wahn und Wirklichkeit" leistet Hatzenbichler seinen Beitrag zum Thema BAJUWARISCHE BEFREIUNGSARMEE (BBA), indem auch er sie als linke Verschwörungstheorie bezeichnet. Um aber die nicht so weit rechts stehende LeserInnenschaft nicht zu verschrecken, nimmt er wieder eine vorgeblich neutrale Position ein und will so gleichzeitig rechte und linke Verschwörungstheorien aufdecken. „Verschwörungstauglich ist vieles: Freimaurer, Illuminaten und Juden ebenso wie Burschenschafter, Bajuwaren und Neonazis. Wem das nicht reicht, der kann sich auch an Flugscheiben und Außerirdischen ergötzen. Verschwörungstheorien haben wieder Konjunktur." (ZZ Nr. 3/97) Und darum sind linke und rechte Verschwörungstheorien für ihn auch austauschbar. „Stukturell sind sie sich so frappant ähnlich, daß man nur die Namen und Bezeichnungen auszutauschen braucht, und sie 'arbeiten' genauso wie die gegenteiligen Mythen." Demnach besteht für ihn kaum ein Unterschied zwischen den „Drahtziehern im braunen Netz" und den gefälschten antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion". Hatzenbichler gibt zwar offen zu, daß die „Protokolle" gefälscht sind und auch zu welchem Zweck, aber wenn diese Verschwörung nie existierte — so seine Ge-

dankengänge — dann existieren die braunen Zellen und Drahtzieher auch „nur in den 'kleinen grauen Zellen' im Kopf des Autors", dessen Name Wolfgang Purtscheller ist.

Da macht es uns die „Aula" schon viel einfacher. Ihre antisemitischen Verschwörungstheorien drängen sich geradezu auf und werden nicht so wie in der ZZ geschickt getarnt. „Wissen Sie, lieber Leser, wer die Organisation 'B´nai B´rith' ist?" fragt die „Aula" und weiß auch die für sie richtige Antwort: „Der 'United Order B´nai B´rith' (hebräisch: 'Söhne des Bundes') ist eine 1843 in New York gegründete und mittlerweile weltumspannende Freimaurerorganisation, die sich auf Angehörige des jüdischen Glaubens beschränkt und auf dem Wege über ihre Mitglieder, die in der Gesellschaft zum Teil bedeutende Positionen einnehmen, auch beträchtlichen politischen Einfluß besitzt. Heute gehören ihr mehr als eine halbe Million Mitglieder in 47 Ländern an." (Aula 11/97) Geballte antisemitische Verschwörungstheorie á la „Aula", wie wir sie kennen.

Ein gewisser Egbert **Apfelknab** hingegen, laut ZZ Mitarbeiter des Büros für Wehrpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung, weicht von der „querfrontstrategischen" Position deutlich ab. In seinem Text über „Migration, Multikultur und Multikonflikt" zitiert er sehr ausführlich den rassistischen Biologen und Evolutionstheoretiker Irenäus **Eibl-Eibesfeldt**. Zitate von Eibl-Eibesfeldt, wie: „Fühlt sich eine Ethnie von einer anderen bedrängt, dann neigt sie dazu, in Kontrastbetonung ihre Eigenart hervorzuheben und sich notfalls sogar aggressiv abzugrenzen" (ZZ Nr. 3/97), sind zur Genüge bekannt. So werden für Apfelknab durch die Immigration „auch Konfliktherde eingeschleppt — sie finden im Aufeinanderprallen verfeindeter Volksgruppen im Gastland ihre blutige Austragung (Türken und Kurden in Deutschland). (...) Versuche des Gastlandes, dies einzudämmen, werden als unfreundlich oder gar fremdenfeindlich abgestempelt." Außerdem werden die alten Mölzer´schen Hirngespinste der „Umvolkung" in diesem Artikel wieder propagiert.

Zur Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" hat natürlich auch die ZZ etwas zu sagen und in diesem Zusammenhang bezieht sie sich gerne und problemlos auf den Grazer Historiker Stefan **Karner** der laut ZZ mit seiner Kritik an der Ausstellung die „Gutmenschenfront" in Graz geweckt haben soll. (ZZ Nr. 6/97)

Andreas Mölzers Gedanken zu den jüngsten StudentInnenprotesten in der BRD sind auch nicht gerade uninteressant, vor allem weil er eine ziemlich skurrile Vereinnahmung vollzieht: „Jugendbewegungen sind im deutschen Kulturraum so etwas wie ein feststehender historischer Faktor. Von der Sturm- und Drang-Bewegung, von der Urburschenschaft über den Wandervogel und die Jugendbewegung der Jahrhundertwende bis zur 68er-Bewegung reicht die Traditionskette solcher spezifisch deutscher Jugendbewegungen." (ZZ Nr. 8/97) Wenn es ihm aber schon um das „spezifisch Deutsche" geht, warum zählt er dann nicht auch die HJ und den BDM auf? Eine Traditionskette von den Urburschenschaften über den Wandervogel der Weimarer Republik zur HJ läßt sich nicht unschwer ziehen. Mölzer hat etwas ganz bestimmtes im Auge, auf das sich auch das „Thema der Woche" dieser ZZ-Ausgabe bezieht: „In unseren Tagen, in denen Hedonismus und eine neue Form des luxuriös abgesicherten Überlebenskampfes in der drohenden Zwei-Drittel-Gesellschaft Gebot der Stunde sind, könnte eine neue Jugendbewegung wohl nur gegen das bankrotte Wertesystem und den Tugendterror der etablierten Alt-68er antreten." Ein leichtes ist es zu erraten, an welche „Jugendbewegung" Mölzer hier denkt. Natürlich seine schlagenden Burschenschaften, über die Hatzenbichler und René-Lysander **Scheibe** das „Thema der Woche" verfaßten und wo mann/frau erfährt, wozu eigentlich die Mensur dient. Der Fechtende müsse Todesangst überwinden. Und so kommt es auch, daß durch dieses Auswahlkriterium „der Durchschnittsbürger durch den Rost (sic!) falle", wie Walter **Tributsch**, der Obmann des Altherrenverbandes der TEUTONIA kundtun darf. Die CV-Mädelschaften wiederum fühlen sich laut Hatzenbichler „als frauliche Elite, klein, fein und unter sich" (ZZ Nr. 8/97). Wie süß.

Auch zu den in New York beschlagnahmten Schiele-Werken glaubt Mölzer etwas schreiben zu müssen. „Ein unerhörter Vorgang" sei das und „keineswegs um Raubgut" handle es sich bei diesen Objekten. Schließlich könnten ja dann andere „als NS-Opfer Legitimierte weltweit" auf die Idee kommen „rechtlich fragwürdige Ansprüche geltend zu machen". Bei all dem handle es sich um den „Beginn eines Kunst-Ausverkaufs, im Laufe dessen die skurrilsten Ansprüche erhoben werden" könnten, die von „angeblichen Erben" stammen. (ZZ Nr. 3/98)

Tatsache ist, daß die ZZ als ein Teil — aber kein geringer — des in Österreich zunehmenden „Demokratiewahns" zu sehen ist. Darunter ist die in der bürgerlichen Linken beinahe schon selbstverständliche Bereitschaft, sich mit der Rechten aufgrund einer falschverstandenen Meinungsfreiheit auseinandersetzen zu müssen, zu verstehen. Nicht zu vergessen ist hier, das unlängst geführte Interview der ZZ mit Wolfgang Neugebauer, dem wissenschaftlichen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, zum Thema *Polizei und Rechtsextremismus*. Im Grunde wäre es nämlich schon lange nötig gewesen in *Was die Rechten schreiben* das „profil" und den „Standard" aufzunehmen, weil dort Mölzer, Stadler & Co nicht selten ganze Seiten für ihre Propaganda zur Verfügung gestellt bekommen. Mit der ZZ wird der Versuch unternommen, die Grenzen immer mehr verschwimmen und verschwinden zu lassen, also die neurechte Strategie, die diskursive und politische Hegemonie zu erreichen, par excellence zu verfolgen. ●

SCRINZI SCHNORRT

Der Altnazi Otto **Scrinzi** hat eine GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER PUBLIZISTIK (Raderweg 21, 9062 Moosburg) ins Leben gerufen. Gemeinsam mit dem „Aula"-Kameraden Herwig **Nachtmann** (B! BRIXIA) und dem Vorsitzenden der ARGE FREIHEITLICHER AKADEMIKERVERBÄNDE, Reinhart **Leitinger**, wendet er sich an die „Aula"-BezieherInnen mit der dringlichen Bitte um Geld. Wie stets bei solcher Gelegenheit, beschreibt er die Lage des rechtsextremen Schrifttums mit drastischen Worten: „Die schwierige Lage der nationalen Publizistik ist zu bekannt, als daß Sie hier in Erinnerung gerufen werden müßte: keinerlei öffentliche Förderung, Einschüchterungsversuche gegen Autoren, Inserenten und Abonnenten, Totschweigen oder bestenfalls Verleumdung durch die gegnerischen Medien." Ausgestattet mit einem Startkapital von 1,5 Millionen Schilling, soll die „gemeinnützige Gesellschaft" das „Überleben, noch besser das Erstarken der wenigen Organe, in denen wir nationalfreiheitliches Gedankengut verbreiten", absichern und „geplante Bücher und wissenschaftliche Arbeiten unterstützen".

Hinter dem Faschismus steht

nicht nur das Kapital

DAß DER KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS NICHT NUR GEGEN RECHTS ZU FÜHREN IST, SONDERN ALLE POLITISCHEN AKTEURINNEN MITEINSCHLIEßEN MUß, SOLL ANHAND DES UMGANGS MIT BEGRIFFLICHKEITEN INNERHALB DER LINKEN SZENE ERÖRTERT WERDEN.

Neben der lexikalischen Grundbedeutung eines Wortes besteht fast immer eine im Lauf der Zeit entstandene begleitende, zusätzliche Vorstellung von der Bedeutung des Wortes. Solche Konnotationen sind besonders kraß bei Begriffen, die mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang stehen. Die hinzugefügten Bedeutungen bleiben, wenn sie sich sozusagen „eingebürgert" haben, bestehen, die Wörter bleiben „vorbelastet". Wer nach 1945 etwa von „Sonderbehandlung" oder „Umsiedlung" spricht, kann nicht völlig geschichtslos davon ausgehen, daß das neutrale Wörter wie alle anderen sind. Somit ist es unvermeidlich, sich im Zuge einer Sprachanalyse genau anzusehen, welche Wörter in welchem Zusammenhang verwendet werden - beziehungsweise nicht verwendet werden.

Wenn Jörg Haider von den „Straflagern" der Nazis spricht, ist klar wie er es meint. Damit nämlich relativiert er die planmäßige Vernichtung von Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, Homosexuellen und anderen „Fremdkörpern im Volk", seien es politische Feinde oder unerwünschte „Asoziale". Durch die Vermeidung des historischen Begriffs „Konzentrationslager" suggeriert er, die in den „Lagern" angehaltenen hätten ihre „Strafe" schon verdient.

Die Linke hat gelernt das Nazi-Vokabular und die dazugehörigen Codes von FPÖ und Co zu verstehen und zu interpretieren. Die Rede von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik" der Nazis, von „Mißgeburten" und „Volksschädlingen" läßt keine Zweifel offen, wenn daneben steht, aus welcher Ecke der Sudeljargon kommt.

Was ist aber davon zu halten, wenn die „klirrenden Schwestern" in einer Anschlagserklärung (Anschlag gegen das „ega" - ein SPÖ Frauenzentrum (sic!)) den geplanten Schubhaftcontainer in Schwechat als **„Konzentrationslager"** bezeichnen? (Siehe TATblatt +87) Die Verwendung dieses Begriffes, und die damit implizit vorgenommene Gleichsetzung von Konzentrationslagern mit Schubhäfen, bewirken zum einen eine Relativierung der staatlich organisierten und von unten mitgetragenen Vernichtungspolitik des NS, zum anderen bekommen aber auch die Schubhäfen selber einen neuen Stellenwert: Als „Vernichtungslager" eines „faschistischen" Staates.

Das sind sie aber nicht. Daß der Staat in Kauf nimmt, daß MigrantInnen nach der Abschiebung möglicherweise Folter und Tod bevorsteht, heißt nicht, daß Folter und Tod Ziele der Schubhaft sind. Wir wollen an dieser Stelle auf keinen Fall den Staatsrassismus in Schutz nehmen. Die Unterscheidung zwischen faschistischen Staaten und Staaten, in denen es immerhin noch möglich ist, Demonstrationen gegen deren Abschiebungspraxis durchzuführen, scheint uns aber für eine den Verhältnissen entsprechende Analyse notwendig.

Der Holocaust (und es gab nur einen) bezeichnet die von den Nazis industriell organisierte, von unten mitgetragene Massenvernichtung von über 6 Millionen Juden und Jüdinnen in ganz Europa. Die wörtliche Bedeutung „Ganzbrandopfer" weist auf den religiösen Charakter des Begriffs. „Ernte des Todes. Stalins **Holocaust** in der Ukraine 1929-1933" lautet der Titel eines in der Aula beworbenen Buches von Robert Conquest. Zur Strategie der Neuen Rechten gehört u.a. auch, den Holocaust als Erfindung von Russen, Engländern, usw. zu enttarnen, um ihm damit die Einzigartigkeit abzusprechen. Das Wort mit allen möglichen anderen Vorgängen in Verbindung zu bringen, ist aber auch in der Linken en vogue.

So ist zum Beispiel sowohl in autonomen wie auch in wissenschaftlichen Kreisen gerne die Rede vom „atomaren Holocaust".

EIN BEISPIEL MIT FOLGEN ?

Scheinbar hat es in letzter Zeit eine Sensibilisierung hinsichtlich der gedankenlosen Verwendung von Begriffen aus dem Nationalsozialismus gegeben. In der Rapidite Nr. 9a/97 stand zu lesen: „Im Sinne des versuchten **Kulturholocausts** in OÖ (auch der Kanal pfeift aus dem letzten Loch) besteht natürlich momentan keine Kooperationsbereitschaft seitens der Ämter, sodaß die KAPU nun einmal eine Pause von drei (in Ziffern 3) Monaten anberaumt hat."

Die Verwendung dieses Begriffes veranlaßte die Redaktion in der nächsten Nummer zu folgender Stellungnahme:

„In der Sonder-Rapidite zum KAPU-Soli-Fest vom Dezember ist uns ein inhaltlicher Fehler unterlaufen, den wir hiermit richtigstellen wollen. Es stand da etwas von einem **„Kultur-Holocaust** in Oberösterreich". Der Begriff „Holocaust" in diesem Zusammenhang ist nicht gerechtfertigt, weil er den „Holocaust" - die Ermordung von Millionen jüdischer Menschen durch die Nazis - relativiert und verharmlost. Wir werden uns bemühen, solchen Verharmlosungen in unseren und anderen Publikationen stärker entgegenzutreten" (Rapidite Nr. 1/98)

Doch schon zwei Nummern später war der gutgemeinte Vorsatz anscheinend vergessen: „Bärlin kann die näxten zwei Monate scheiß´n gehn und belangloosende LaberPUNX die ihren EGO-TRIP und ihren SelbstdarstellungsFUCK als ihre persönliche **„ENDLÖSUNG"** sehen, und das als Revolution verkaufen auch." (Rapidite Nr. 3/98) Da bemühte sich der/die SchreiberIn offenbar, möglichst „heftige" Ausdrücke im Text unterzubringen und hat dabei glatt vergessen, den „Verharmlosungen ... stärker entgegenzutreten". Die unpolitische Haltung von manchen Punks als „Endlösung der Punkerfrage"? Wie bitte? Aber angeblich ist das ja „nur" eine Anspielung auf ein DALF-Flugblatt mit dem aufschlußreichen Titel **„Endlösung Punk**?" Es genügt aber nicht, sich damit zu rechtfertigen, daß der Schwachsinn ursprünglich von wem anderen stammt, wenn er kommentarlos und kritiklos zitiert wurde.

Daß die rapidite mit diesem Begriff nicht alleine ist, davon zeugt eine Aktion von Revolutionsbräuhof und anderen Gruppen, die schon seit einigen Jahren auf die Lage der Obdachlosen in Wien aufmerksam machen will: **„Endlösung** Obdachlos" kann mensch allweihnachtlich auf Plakaten in der ganzen Stadt lesen.

Laut eigenen Stellungnahmen wurde dieser Begriff bewußt als Provokation eingesetzt, um die tragische und aussichtslose Lage der Obdachlosen darzustellen. Doch wie schon oben festgestellt wurde, bewirken solche Gleichsetzungen vor allem eine Verharmlosung der Shoah und nicht ein Aufrütteln der trägen Massen. Zudem stellt sich die

Frage nach dem Zielpublikum solcher „Provokationen". Für Ottilie Normalverbraucherin ist die Verwendung von Nazi-Jargon tatsächlich normal. Auch Jörg Haider hat bereits 1987 von der „**Endlösung** der Bauernfrage" gesprochen, ohne damit Entrüstungsstürme zu provozieren. Höchstens die Opfer von damals und deren Angehörige werden immer wieder erschrecken - vor der Unverfrorenheit mit der dieser Begriff entwendet wird. Ist es Ziel der Aktion, die Opfer der (historischen) „Endlösung" zu provozieren?

Während die Rechten von „kommunistischen Konzentrationslagern" und vom „stalinistischen Holocaust" phantasieren, sind es bei den Linken die „Tier-KZ'" und der „nukleare Holocaust" (s. INTEAM Nr.4, Zeitung der Rosa Antifa[1]). Totalitarismus- und ModernisierungsanhängerInnen, wie Ernst Nolte, werden Ihren Gefallen daran finden, daß auch Linke sich endlich „auf ihre Seite geschlagen" haben.

„Schuldkomplex Holocaust"[2] ?

Die sorglose, oft aber auch oft bewußt eingesetzte Verwendung von Begriffen, die im Konnex mit der Vernichtung von sechs Millionen Juden und Jüdinnen stehen, zeugt von einer Ignoranz der Shoah gegenüber, deren Ursachen es zu finden gilt. Dort, wo die Verstrickung mit dem Hause des Henkers unübersehbar ist, manifestiert sich auch ein Abwehrverhalten gegenüber den Taten der eigenen Eltern und Großeltern .

Gemäß dem österreichischen Motto „Reden ist silber, Schweigen ist gold", ist auch die Linke verfahren. Bis zur Waldheimaffäre wurde weder die Beteiligung der eigenen „Landsleute" thematisiert, noch die längst fälligen „Wiedergutmachungszahlungen" gefordert. Im Gegenteil, anstatt sich mit den Opfern von damals zu beschäftigen, wurde der Ruf nach „Vernichtung" des Staates Israel laut. Erst langsam wurde die Zeit des Nationalsozialismus für die österreichische Linke zum Thema. Nicht von linksradikaler, sondern von „offizieller Seite" wurde im Zuge der Waldheimaffäre (und des Gedenkjahres 1988) erstmals eine breite Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus forciert. Obwohl es eine Lüge wäre zu behaupten, daß Ereignisse die in direktem Zusammenhang mit dem NS stehen, von linker Seite nicht zur Sprache gekommen wären. So trägt eine Nummer von Drahdiwaberl bereits 1981 den „geschmackvollen" Titel „Heavy Metal **Holocaust**". „Damit ja kein Verdacht wegen des Titels aufkommt:", versuchen sie sich im Textheft der Platte noch zu rechtfertigen, „Wir kokettieren nicht mit den Schrecken der Nazizeit. Heavy Metal Holocaust war der Titel einiger großer Hard Rock Festivals in London 1981. Diese Nummer soll als Parodie auf den Heavy Metal-Boom verstanden werden." Was wieder einmal beweist: Auch Wissen schützt vor solchen Auswüchsen nicht.

Der Nationalsozialismus wurde immer wieder hinzugezogen, um die herrschenden Zustände „bildhaft" zu kritisieren. Was dabei im Eifer des Gefechts nicht wahrgenommen wird: Oft hinkt der Vergleich, meistens geht er komplett in die Hose, wie etwa wenn von den „GESTAPO-Methoden" einer „faschistischen" Polizei die Rede ist.

Zudem wurde auch in der Linken versucht, den Opfermythos hochzuhalten. Gemäß der ML-Linie vom verführten „Volk", das immer noch als revolutionäres Subjekt herumgeistert, galt es die (Mit)täterInnen zu verschweigen, um damit auch sich selbst den Status der Unbefangenheit zu verleihen. Die Verweigerung, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen muß aber auch unter dem Aspekt des hierzulande verbreiteten „Antisemitismus ohne AntisemitInnen" betrachtet werden, der es gar nicht mehr nötig macht, offene Ressentiments zu verkünden. Statt dessen wird auf antisemitische Codes zurückgegriffen.

Wie es scheint, muß der auch in der Linken latente Antisemitismus als Grund für derartige Verdrängungsstrategien in Betracht gezogen werden.

Hinter der vermeintlichen Naivität, mit der von „Endlösungen" und „Hühner-Holocaust" die Rede ist, steckt die unaufgearbeitete Geschichte der letzten Jahrzehnte (der Fehler beginnt mit der positiven Bezugnahme auf instrumentalistische Faschismusanalysen der PatreikommunistInnen).

„Die erste Verleugnung ging von der TäterInnengeneration aus, die schon 1945 mit der Deklaration der Stunde null", den Opfermythos und die damit verbundene Kollektivunschuld zum staatlichen Dogma erklärte. „Für die zweite Verleugnung ist die zweite Generation verantwortlich, zu welcher die deutsche (und österreichische, A.d.A.) Linke seit 1968 hauptsächlich gehört. Diese Linke hat sich in Bezug auf das gemeinschaftsstiftende Erlebnis des Holocaust als ein untrennbarer Bestandteil des nationalen Kollektivs erwiesen."[3]

P.S. Es kommt noch dicker. In der nächsten Nummer zerlegen wir den allseits beliebten Begriff „VOLK", solange bis nichts mehr davon übrig bleibt. ●

[1] „Damals (zur Zeit des kalten Krieges, A.d.A.) stand die Welt am Rand eines nuklearen Holocaust."

[2] Auszug aus einem Artikel des ArbeiterInnenstandpunkt, der er sich zum Ziel gesetzt hat einen Artikel zu „Antisemitismus in der Linken" aus der Unitat zu verreißen: (In dem Artikel) „... wird Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt. Die Parteinahme für den Staat Israel geht sogar soweit, daß sie (die Autoren, A.d.A.) im letzten Golfkrieg für die Verteidigung Israels gegen den Irak auftraten und immer noch tun. (...) Vom Schuldkomplex des Holocaust (sic!) erfaßt, vergessen sie allerdings, daß das jüdische Volk (sic!) – wie alle anderen auch – in verschiedene Klassen gespalten ist. Die Verteidigung des bürgerlichen Staates Israel kommt dabei nicht nur der Verteidigung der israelischen Bourgoise gleich, nein, als regionaler Statthalter des Imperialismus ergreifen sie auch für diesen Partei (...) und erweisen sich somit selbst als getreue Gefolgsleute und Marionetten (sic!) des Kapitalismus."

[3] Küntzel, Matthias/ Thörner, Klaus u.a.: Goldhagen und die deutsche Linke. Berlin 1997, S. 113

Die österreichische RAF

eine Nachlese

ARTIKEL ÜBER „LINKSTERROR - MADE IN AUSTRIA" STEIGERN OFFENSICHTLICH DIE AUFLAGE. DEMENTSPRECHEND BESCHERTE UNS DER 20. JAHRESTAG DER ENTFÜHRUNG DES UNTERWÄSCHE-INDUSTRIELLEN WALTER PALMERS IM NOVEMBER 1977 EIN KRÄFTIGES RAUSCHEN IM BÜRGERLICHEN BLÄTTERWALD. DEN PUBLIZISTISCHEN STARTSCHUß ZUM THEMA GAB DAS „PROFIL"[1] AB, DIE WIENER STADTZEITUNG „FALTER"[2] FOLGTE MIT EINER DREITEILIGEN SERIE NACH UND VERSCHIEDENE TAGESZEITUNGEN[3] UMRAHMTEN DEREN BEITRÄGE.

Allen Schreiberlingen war gemeinsam, daß sie das Kidnapping zu einer Aktion der RAF verklärten - „Wie vor 20 Jahren drei österreichische Studenten für die RAF den Industriellen Walter **Palmers** entführten"(Falter). Einerseits wurde dadurch die vermeintliche Sensationsgeilheit der LeserInnen befriedigt, denn über die RAF weiß man/frau Bescheid, vor allem wie gefährlich, blutrünstig oder geisteskrank deren Mitglieder sind und waren. Oder wie der Krone-Kolumnist **Staberl** einst meinte: „Verhindern, daß diese Leute töten, können wir aber nur dann, wenn wir sie töten, bevor sie uns töten können." Andererseits konnten sich die JournalistInnen dadurch um etliche Erklärungen drücken. Etwa, warum radikale Linke zu Waffen griffen. Tatsächlich wurde Walter Palmers von österreichischen und deutschen Mitgliedern der „ Bewegung 2. Juni" entführt und nach der Übergabe von rund 31 Millionen öS wieder freigelassen. Zwei Wochen nachher wurden drei linke Aktivisten aus Wien verhaftet und später zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Hauptangeklagte wurde erst 1990 entlassen, große Teile des Lösegeldes blieben verschwunden.

Unter dem Namen „2. JUNI" operierte neben der RAF, den „REVOLUTIONÄREN ZELLEN (RZ)" und der „ROTEN ZORA" in den 70er Jahren ein sehr populärer Flügel der hauptsächlich in der BRD aktiven Guerilla. Ihren Namen wählten die AktivistInnen nach jenem Datum, an dem ein Student bei einer Demonstration von der Polizei erschossen wurde. Entstanden aus der anarchistischen West-Berliner Subkultur gingen auf das Konto der Gruppe zahlreiche Banküberfälle und als spektakulärste Tat die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Peter **Lorenz** mitten im Wahlkampf 1975. Im Austausch mit Lorenz gelang es der „Bewegung 2. Juni" einige Gefangene aus verschiedenen Fraktionen der radikalen Linken freizupressen. Dies war auch zugleich die letzte geglückte Gefangenenbefreiung.

„Finanziert werden mußte eine Befreiungsaktion für die in Deutschland inhaftierte RAF-Führung, Gudrun Esslin (sic!), Andreas Baader und Jan Karl Raspe" wußte der Standard über das Motiv der Palmers-Entführung zu berichten. Neben dem Namen von Gudrun **Ensslin** kann wohl diese Deutung auch nicht stimmen, da die drei Genannten knapp einen Monat vor dem Kidnapping unter bis heute ungeklärten Umständen in ihren Zellen in Stuttgart/Stammheim tot aufgefunden worden waren. Ähnlich informativ ließ der Standard die Aktion „wissenschaftlich" durch den Historiker Wolfgang Maderthaner analysieren:

„Ich würde die Aktion als geradezu österreichische Kasperliade mit psychopathischen Zügen bezeichnen. Die RAF war in Österreich ja völlig isoliert."

„NIE WAR ICH FURCHTLOSER"

Das „Profil" kam ohne WissenschafterInnen aus, dafür gelang es einen der damals an der Entführung beteiligten Österreicher aufzutreiben - *„Angestellter, 41 Jahre alt, Brille, chic gekleidet in den Farben Dunkel und Dunkelrot. Raucher, eloquent. Dunkle Locken, rötlich getönt. Trainierter Körper, trainierter Geist."* Trotz dieses Schwachsinns gewährte der Ex-2.Juni-Aktivist dem Blatt ein lesenswertes Interview. Jedoch wurden seine Aussagen vom „Profil" nicht für voll genommen. Vielmehr vertraute mensch den Memoiren von Inge **Viett**, einer ehemaligen „Bewegung 2. Juni"-Weggefährtin, die seinerzeit ebenfalls bei der Entführung mitmischte. In ihrem 320 Seiten-Buch „Nie war ich furchtloser" widmete sie dieser immerhin eine ganze Seite, deren Inhalt der vom Profil Interviewte als „einfach falsch" bezeichnete. Ein Urteil, das auch der Hamburger Verleger Klaus **Viehmann**, ebenfalls mit 2. Juni Vergangenheit, in seiner Rezension [4] von „Nie war ich furchtloser" geteilt wird.

Obwohl den Autoren der dreiteiligen Falterserie diese Besprechung vorlag, kauten sie beständig das „Viett-Buch" wieder. Zusätzlich entsorgten sie Teile der „eigenen" Geschichte, mit keinem einzigen Wort wurde erwähnt, daß einer der Wiener Aktivisten nach seiner Haftentlassung über Jahre hindurch für den „Falter" schrieb. Zusätzlich fällt beim Lesen der Artikel auf, daß staatstragende Linke - heute vornehmlich in der SPÖ beheimatet - die Serie dazu nutzten um noch einmal mit der radikalen Linken der 70 Jahre abzurechnen und ihren Marsch in die Institutionen hin zu Dienstwohnungen und fetten Gehältern zu legitimieren. So verkündete Falter-Chef **Thurnher** die Palmers-Entführung zum Ende „der universitären Linken" und somit sämtlicher revolutionärer Perspektiven - heute schreibt der rechtsextreme Vordenker Andreas **Mölzer** in seinem Blatt. Den Vogel schoß der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Erwin **Lanc** ab, der laut Falter „mit der bestehenden Gesellschaftsordnung noch heute nicht einverstanden" ist und „mit Aufmüpfigen kein Problem" hat, „solange sie nicht kriminell sind." Weniger Probleme mit Kriminellen hatte er seinerzeit während der Fahndung nach den Palmers-EntführerInnen. Er war es, der Folterpraktiken „seiner" Polizei deckte. Einer der Verhafteten schilderte diese wie folgt: „Um halb sieben Uhr früh aus dem Schlaf gerissen, zur Stapo befördert, nichts zu essen, nach drei bis vier Stunden eine Packung Zigaretten, nicht auf die Toilette gehen, sechs Stunden verhört, teilweise am Rücken liegend, ein Beamter hielt mir die Füße in die Höhe, hat mir in die Hoden getreten, dann Nervenpressungen über den Ohren, Hebelwirkung am Unterkiefer ..."

•

[1] Profil 45/97
[2] Falter 45-48/97
[3] z.B. Der Standard 8./.9.9.1997
[4] in Arranca 12/97
und Analyse und Kritik (ak) 406

aLiVe
assoziation Linker Verlage

Alibri ☆ ag spak ☆ Atlantik ☆ frau + zeit
IBDK ☆ KomistA ☆ Neuer isp
PALETTE ☆ Schmetterling ☆ UNRAST

Der **neue Katalog** der **Assoziation Linker Verlage** (aLiVe) ist da!

Kostenlos anfordern bei:
aLiVe, c/o Alibri Verlag
Postfach 167,
63703 Aschaffenburg
Fon/Fax (0 60 21) – 1 57 44

Faschismus trägt viele Farben

Braune Burschenhirne

IM ZUGE DER RADIKALISIERUNG DER BURSCHENSCHAFTER-SZENE TRETEN AUCH NEONAZIS MIT MÜTZE UND BAND WIEDER OFFEN IN ERSCHEINUNG. WENN AUCH TAKTISCHE ÜBERLEGUNGEN IM VORDERGRUND STANDEN, SO WAR MANN ZU MINDESTENS IN DEUTSCHLAND BIS VOR KURZEM NOCH DARAUF BEDACHT, SICH NACH AUßEN HIN VOM MILITANTEN RECHTSEXTREMISMUS ABZUGRENZEN.

Mit der Dominanz des neofaschistischen Flügels in der Deutschen Burschenschaft (DB) und dem wachsenden Selbstbewußtsein angesichts der rechten Erfolge sank die Bereitschaft zur Abgrenzung.

Daß zusammenwächst, was zusammengehört, kann exemplarisch an Jürgen **Schwab** gezeigt werden. Der 31jährige Germanist betätigte sich zu Beginn der 90er Jahre an führender Stelle im DEUTSCHEN FREUNDESKREIS FRANKEN (DFF), einem regionalen, fraktionsübergreifenden Zusammenschluß von Neonazis aus verbotenen Gruppen (FAP, WIKINGJUGEND, NATIONALER BLOCK, NATIONALE OFFENSIVE) und den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Der DFF erscheint so als lokale Ausgabe des klandestinen Netzwerkes GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF), worauf auch die rege Beteiligung von GdNF-Kadern hinweist. Als Sprachrohr dient die Zeitschrift „Junges Franken", für die zunächst Schwab verantwortlich zeichnete. Seit Herbst 1995 erscheint das aufwendig gestaltete Neonaziblatt, das sich voll und ganz der Anti-Antifa und dem Sozialpatriotismus verschrieben hat, im Medienverbund der NATIONALEN und wird von deren Vorsitzenden Frank **Schwerdt** herausgegeben. Ähnlich dem DFF agieren die NATIONALEN (v.a. in Berlin und Brandenburg) als überfraktionelle Plattform von zum Teil verbotenen Neonazigruppen. Schwerdt selbst werkte etwa als Schulungsleiter der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Unter dem Pseudonym Andreas **Morbach** steht Schwab dem „Jungen Franken" auch weiterhin als Redakteur zur Verfügung.

KÄMPFER GEGEN DIE „MEINUNGSDIKTATUR"

Der Burschenschafter Schwab (B! THESSALIA ZU PRAG IN BAYREUTH) tritt daneben auf Neonazi-Demos („Hans-Münstermann-Gedenkmarsch") und einschlägigen Veranstaltungen in Erscheinung. Zuletzt stellte er im Februar 1998 beim „Tag des nationalen Widerstandes" der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in Passau sein Machwerk „Die Meinungsdiktatur" vor. Diese zum Buch ausgeweitete Diplomarbeit Schwabs erschien im Verlag der ältesten neofaschistischen Zeitschrift Deutschlands, „Nation (und) Europa", und wird mittlerweile von den Recken des RINGES FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS) empfohlen.

Auch die Grazer „Aula" wurde Anfang 1998 auf diesen Streiter wider die „‚demokratische' Zensur" aufmerksam. In der Nummer 1/98 berichtet Schwab, der mittlerweile zum Mitglied im DB-"Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit" aufgestiegen ist, über eine Podiumsdiskussion des GRAZER KOPORATIONSRINGES zum Thema „1848 bis 1998: Der immer

Ausgabe Nr. 4/1994

Junges Franken

Zeitschrift für die Sache des Volkes

BRD-Lizenzpresse fordert Gesinnungsjustiz

neue Kampf um Meinungs- und Pressefreiheit". Dabei kritisiert er Andreas **Mölzer** und dessen neues Steckenpferd „Zur Zeit" von rechts: „Während der Linksjournalist (Georg **Hoffmann-Ostenhof** vom „profil", Anm.) immerhin das Thema ‚Zensurgesetze' (u.a. NS-Verbotsgesetz, Wiederbetätigung) thematisierte und keinesfalls ausblendete, schwieg sich Andreas Mölzer seltsamerweise gerade zu diesem Thema völlig aus. Vielmehr legte der ZZ-Chefredakteur seinen Argumentationsschwerpunkt auf das Allerweltsthema der ‚Political Correctness', den ‚Tugendterror' liberaler und linker Zeitgenossen, die versuchten, die Themen vorzugeben, nonkonformen Themen zu tabuisieren und Sprachregelungen auszugeben. Man kann die Schwierigkeiten Mölzers verstehen, hat er doch nicht vor allzu langer Zeit als damaliger Bundesrat der FPÖ für eines der übelsten Strafgesetze zur Absicherung der Gesinnungsdiktatur - Novellierung des NS-Verbotsgesetzes - gestimmt."

Der Verratsvorwurf paart sich bei Schwab mit Seitenhieben auf die Selbstdarstellung Mölzers als ausgegrenzter „Nonkonformist", „der sich zwar einerseits über den ‚Tugendterror' von Establishment und dessem linken Ableger beschwer(t), auf der anderen Seite aber doch regelmäßig in eben den Publikationen dieses politischen Spektrums Kolumnen und Beiträge veröffentlich(t)." Umgekehrt dürften „linksextreme Aktivisten ihre Beiträge in ‚Zur Zeit' veröffentlichen". Diese wechselseitige Toleranz und Gesprächsbereitschaft verstärke die Isolation jener Rechtsextremisten, die mit „neurechter" Selbstverleugnung und Querfrontstrategie nichts am Hut haben, sondern auf direkterem Wege zum Ziel kommen wollen.

Derartig kämpferische Töne wirken wie Balsam auf den Wunden der „Aula", die sich von Mölzer und seinem Schüler Jürgen **Hatzenbichler** zurecht im Stich gelassen fühlt. Die beiden rechtsextremen Publizisten kehrten ja nach der Verurteilung des „Aula"-Verantwortlichen Herwig **Nachtmann** im Sommer 1995 wegen NS-Wiederbetätigung dem Zentralorgan der Burschenschafter-Szene den Rücken. Daß mit Schwab nun regelmäßig ein neonazistischer Kader in der „Aula" schreibt, ist ein eindruckvoller Beleg für die Radikalisierung der Szene. Es sind nicht zuletzt die österreichischen Burschenschaften (allen voran die Wiener OLYMPIA), die für diese Entwicklung verantwortlich zu machen sind. Auch Schwab trägt diesem Umstand Rechnung, wenn er in einem Beitrag für die „Staatsbriefe" (9-10/96) über die Entwicklung im burschenschaftlichen Dachverband schreibt: „Und mit der Wiener B! Olympia hat nun die von liberalen Geschwülsten weitestgehend gesundgeschrumpfte DB eine würdige Vorsitzende für das laufende Geschäftsjahr (1996/97, Anm.) bekommen, mit deren politischen Eingaben in die Verbandsarbeit Nationalisten - wie der Verfasser - ganz gut leben können."

Schwab rät in seinem Beitrag zwar von einer „völlige(n) Verschmelzung" der Burschenschaften „mit der nationalen Oppostiton" ab, hält sich vor lauter Euphorie jedoch selbst nicht an diese taktische, arbeitsteilige Vorgabe. Er personifiziert vielmehr geradezu diese „Verschmelzung"... ●

1815-1848-1933

„Deutsche" Revolutionen

WÄHREND UNS IN DER LOTTA 10/97 DER DEMAGOGISCHE RÜCKGRIFF DER BURSCHENSCHAFTER AUF DAS ANGEBLICHE BÜNDNIS ZWISCHEN ARBEITERINNEN UND STUDENTEN INTERESSIERTE, WOLLEN WIR HIER EINEN WEITEREN ASPEKT DER RECHTSEXTREMEN REZEPTION VON 1848 BELEUCHTEN: DIE SELBSTDARSTELLUNG DER NATIONAL-FREIHEITLICHEN SCHMISSGERMANOMANEN ALS ERBEN DER VORKÄMPFER FÜR DIE POLITISCHE EMANZIPATION DER JUDEN.

Damit will ein ganzes Milieu von seinem herausragenden Beitrag an der gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Durchsetzung des modernen Antisemitismus ablenken und das „Makel" Auschwitz abstreifen.

DER VÖLKISCHE NATIONALISMUS

Wenn Burschenschafter sich heute in die Tradition der bürgerlichen Revolutionäre stellen, welche die politischen Rechte der Männer nicht mehr an die Konfession banden, beziehen sie sich auf jene liberale, bürgerlich-demokratische Position, **gegen** die gerade die „Urburschenschaft" gegründet wurde. Angesichts derartig dreister Kontinuitätsbezüge wirkt die fundamentalistische Offenheit der „Aula" geradezu erfrischend. Im Zentralorgan der Szene wird die militante Frontstellung der Burschenschaften zum „jakobinisch-freimaurerischen Gedankengut der französischen Revolution" (Aula 1/98) hervorgehoben. Der „Olympe" Thomas **Wagner** machte 1989 in der Festschrift zum 130jährigen Jubiläum seiner Korporation aus deren antiaufklärerischer und -liberaler Tradition ebenfalls kein Hehl: „Dieser Glaube an die besondere Bestimmung und Bedeutung des Volkstums richtete sich gegen die übersteigerten individualistischen und weltbürgerlichen Tendenzen der Aufklärung. (...) Der westliche Liberalismus (...), dessen Ideal die bloße individuelle Freiheit ist und der daher das menschliche Handeln auf die materielle Daseinsvorsorge beschränken will, zerstört die Gemeinschaft, indem er sie systematisch um ihre Tiefen-Dimension bringt."

Tatsächlich ist die maßgeblich auf Friedrich Ludwig **Jahn** („Haß alles Fremden ist des Deutschen Pflicht") zurückgehende Gründung der Burschenschaft 1815 als Reaktion auf den drohenden revolutionären Sturm zu begreifen. Die politische Moderne geriet Jahn zur „Leichenbühne des neuen volkstumslosen, jüdelnden und junkernden Weltbürgertums." Gegen das bürgerliche Konstrukt der „Nation", welche sich als Zusammenschluß der „Gleichen" gegen die adelige und klerikale Obrigkeit erhebt und als Staat konstituiert, setzten Jahn und seine Jünger das „Volk" als geistig-kulturelle, bald auch „rassische" Einheit. Das völkische Verständnis von „Demokratie" ist noch eingeschränkter als das bürgerliche: Neben den Frauen sind hier auch Juden ausgeschlossen. Wer eine Verbindung mit „Fremdvölkischen" (Jüdinnen, Ausländerinnen) eingeht, soll laut Jahn ebenfalls alle politischen Rechte verlieren. „Gleichheit" meint hier Identität der „Artverwandten". Der von seinen Apologeten dauernd behauptete „demokratische" Gehalt in Jahns Schriften ist vielmehr ein volksgemeinschaftlicher Affekt gegen den frankophilen Adel. Herbert Marcuse wies in seiner Kritik an der völkischen Mehrheit in der „Urburschenschaft" darauf hin, daß „in diesen 'demokratischen' Schlagworten die Ideologie der faschistischen Volksgemeinschaft" bereits deutlich durchschimmere.

Noch Jahn verband seine Rede vom „reinen Urvolk" der „Deutschen" mit einer Auffassung von Geschichte als sozialdarwinistischen Kampf zwischen den „Völkern": „Mangvölker" wie die Franzosen „müssen vernichten oder vernichtet werden." Daneben machte er den Frieden für die Gefährdung der inneren Einheit verantwortlich. 1847 schrieb der militante Antirevolutionär, „daß im langen Frieden von außen innerliche Streitigkeiten, Hader und Zwietracht zum Zeitvertreib ausgebrütet werden, um die Staatskraft zu vergiften. Uns fehlt des Krieges Eisenband und der Waffen Stahlkur." Die integrierende und disziplinierende Kraft des (nationalen Befreiungs-) Krieges sollte im Burschenschafter- und Turnerunwesen konserviert werden. Der Apostel der männlichen Körperlichkeit rief jene Formationen ins Leben, die in vielem die Stoßtrupps des Faschismus vorwegnahmen. Von daher entbehrt die Bezeichnung von Jahn als „erster SA-Mann" nicht jeder Grundlage.

„BEFREIUNGSKRIEGE"

An der Wiege des deutschen Nationalismus standen die Heere Napoleons. Diese zertrümmerten zu Beginn der 19. Jahrhunderts das mittelalterliche Deutsche Reich und damit die Ordnung, welche die Juden und

fakten

☐ Tatsachen
☐ Argumente
☐ Information
☐ Diskussionsgrundlagen

Nummer 2/1998 Einzelpreis: öS 25,- Abo: öS 190,-

Odin Wiesinger: "1848", Öl, 1998

VERRAT an 1848!

Vor 150 Jahren, in den Tagen des März 1848, erkämpften Bürger, Studenten und Arbeiter die Grundlagen des modernen Österreichs.
Die Bürger erreichten die Umwandlung der absoluten Monarchie in die konstitutionelle. Die Pressefreiheit war dabei die wichtigste Errungenschaft. Aber heute ist die Metternichsche Vorzensur durch die gerichtliche Nachzensur des "Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes" mehr als wettgemacht.
Die Studenten kämpften in der "Akademischen Legion" unter dem Dreiklang "Ehre, Freiheit, Vaterland" für die Freiheit der Person, geschützt durch den demokratischen Nationalstaat. Aber heute haben die Politiker unseren Nationalstaat an die Brüsseler Kommissare ausgeliefert und schaffen unsere persönliche Freiheit mit Lauschangriff, Verbots- und Entwaffnungsgesetzen wieder ab.
Die Arbeiter aus den Wiener Vorstädten stritten für das "Recht auf Arbeit" und erhielten, nach dem französischen Vorbild der "Nationalwerkstätten", eine Garantie auf Anstellung im öffentlichen Dienst zu einem (gar nicht so geringen) Mindestlohn. Aber unsere famosen "sozialdemokratischen" Politiker erklären uns heute, daß die Vollbeschäftigung in einer "modernen Gesellschaft" nicht mehr erreichbar sei, und drohen uns, den Begriff *Arbeit* "neu zu definieren".
150 Jahre nach der Märzrevolution sind wir dabei, die Errungenschaften des Jahres 1848 endgültig zu verlieren.

Wien schlägt Berlin
Die Donaumetropole hat auf dem Weg zur Drittweltstadt die Nase vorn ..... Seite 3

Das ungeliebte Jubiläum
Unsere verfetteten bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Altparteien tun sich mit dem Gedenken an 1848 sehr schwer ..... Seite 4

Die Weltwirtschaft: Unterwegs mit falschem Kompaß?
Die Globalisierung fordert ihre ersten Opfer ..... Seite 6

Ein Politiker mit Grundsätzen
Zum 80. Geburtstag von Otto Scrinzi ..... Seite 9

Achtung: Kriegstreiber im Anmarsch!
Amerika sucht für seinen nächsten Coup Komplizen ..... Seite 10

Kunstraub??!!
Von der eigenartigen Rechtsauffassung eines befreundeten (?) Staates ..... Seite 12

LAUTER 48ER - DIE NEONAZI-POSTILLE „FAKTEN" KLAGT AN

Jüdinnen hinter Ghettomauern zwang.[1] In den antinapoleonischen „Befreiungskriegen" (1813/14) verteidigten die Untertanen die alte Ordnung gegen die französische „Fremdherrschaft". Neben dem Christen- und Gottkaisertum stellte die völkische Ideologie jenen Kitt dar, der das antizivilisatorische Bündnis aus Eliten und (bäuerlichen) Massen zusammenhielt. Die gerade aus dem Ghetto befreiten Juden und Jüdinnen wurden als fünfte Kolonne Frankreichs identifiziert. Ernst Moritz **Arndt**, ein weiterer Chefideologe des völkischen Nationalismus, attestierte bereits 1814 den Juden und Jüdinnen, welche bei ihm als „durchaus fremdes", „entartetes und verdorbenes Volk" erscheinen und bereits mit „Ungeziefer" verglichen werden: Wer sich wie sie „mit Frankreich verbündet und Frankreich um Hilfe anschreit, der meint Tückisches und Verräterisches gegen Deutschland, der ist wie das Schaf, das dem Wolf die Hürde öffnet".

Die weitgehende Rücknahme der jüdischen Emanzipation nach erfolgreicher Restauration der alten Verhältnisse zeigt, daß die „Befreiung" von den Heeren Napoleons für Juden und Jüdinnen keine war. Die nun aufkommende deutsche Idee vom Einheitsstaat, der nicht als Nation politisch hergestellt, sondern einer natürlichen Wesenheit „Volk" erwachse, war also von Anfang an verbunden mit der Abgrenzung von Feinden: im inneren die Juden und Jüdinnen, im äußeren Frankreich, wobei die Grenzen verschwammen.

Gleichzeitig erwuchs insbesondere unter der akademischen Jugend aus der enttäuschten Hoffnung auf staatliche Einigung des „deutschen Volkes" jenes rebellische Ressentiment gegen die adelige Obrigkeit, daß bis heute mit revolutionärem Freiheitsdrang verwechselt wird. Diese kollektive Enttäuschung der Studenten, die in „Freikorps" gegen die französischen Truppen gezogen waren und sich danach in Burschenschaften organisierten, verschaffte sich 1817 am Wartburgfest erstmals Luft. Das Treffen im Andenken an die Schlacht bei Leipzig und die Lutherische Reformation wurde von Jahn initiiert und gipfelte nicht umsonst in der ersten deutschen Bücherverbrennung. Dabei kommt die spezifische Verbindung von romantischem Freiheitsdrang, nationalem Einigungswunsch und völkischem Reinheitswahn zum Ausdruck. Denn verbrannt wurden nicht nur Symbole und Schriften der verhaßten Diktatur, sondern auch das kodifizierte bürgerliche Recht, der Code-Napoleon, und Saul Aschers „Germanomanie". Geradezu mit prophetischem Weitblick warnte Heinrich **Heine** angesichts dieser symbolischen Ermordung eines jüdischen Autors: „Dies war ein Vorspiel nur; dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen."

Die völkische Traditionslinie, in welcher die Burschenschafter bis heute stehen, führt nicht in die bürgerliche, sondern in die antisemitische „Revolution": „Die Kombination von antifranzösisch und antisemitisch, antirevolutionär und antitraditionell in der deutschtümelnden Ideologie ist der Nukleus der späteren nationalsozialistischen Exzesse." (Detlev Claussen)

Die Endecker des „Volkes"

Als der Begründer des deutschen Nationalismus gilt Johann Gottlieb **Fichte**. Er gehörte 1811 neben Heinrich von **Kleist**, Clemens **Brentano**, Achim **von Arnim** und anderen zu den Mitgliedern der Christlich-deutschen Tischgesellschaft. Diese enthielt in ihren Statuten bereits einen „Arierparagraphen", der nicht nur bekennende Juden ausschloß, sondern auch zum Christentum Konvertierte. Neben diesen Satzungen wiesen auch die Texte der romantischen Schwärmer in den NS-Antisemitismus. So sprach von Arnim vor der versammelten Gelehrten- und Dichterschaft „Über die Kennzeichen des Judentums" und ließ dabei kein Stereotyp aus: Körperliche Stigmatisierung und Behauptung spezifischer Neigungen - etwa zur „Spekulation" und „Verschlagenheit" - von Juden und Jüdinnen paarte sich mit paranoiden Vorstellungen. So mahnte er die Mitglieder der „Tischgesellschaft" darauf zu achten, daß sich „keine heimlichen Juden einschleichen". Ganz dem wissenschaftlichen Geist seiner Zeit verpflichtet, schlug von Arnim zum Zwecke der Abwehr von Infiltration vor, „die chemischen Kennzeichen (der Juden und Jüdinnen, Anm.) in ein zuverlässiges System zu bringen". Dazu sollten diese in ihre „Bestandteile" aufgelöst werden, damit eine jüdische Besonderheit in den kleinsten Teilchen erkannt werden könne. Als zukunftsträchtig sollte sich der reaktionäre Antikapitalismus erweisen, welcher in den antisemitischen Ausfällen mitschwang. So behauptete von Arnim, daß „beinahe das gesamte Vermögen der Nationen wieder in der Juden Hände gekommen" sei, daß sich deren „reiche(s) Geschlecht (...) beinahe allen Staatslasten" entziehe und vom Elend der Völker profitiere, weil es „an kein Vaterland gebunden jedes Landes Vorteile abschöpft".

Der **Kant**-Schüler Fichte war zunächst Anhänger der französischen Revolution. Während der napoleonischen Expansion rückte er jedoch von deren Idealen ab. Nun gerieten die „Deutschen" zum „Volk" gegen „Franzosen" und „Juden", welches als einziges das Reich der Freiheit zu begründen vermöge. Fichte verband die romantische Idealisierung der gerade absterbenden agrarisch-ständischen Ordnung mit der Ablehnung der neuen Formation, des Konkurrenz-Kapitalismus, als „undeutsch". Gleiches galt für die entsprechende Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft: Bereits 1793 sprach Fichte, dieser „Eisenmenger[2] der Zweite" (Saul Ascher), vom „dummen Geschwätz" über die allgemeinen Menschenrechte. Deren universelle Geltung sei abzulehnen, denn gerade das „deutsche Volk" unterscheide sich durch seine „mystische Seelenerfahrung" von den übrigen Nationen. Bevor die eigentlich individuellen Menschenrechte für ein ganzes „Volk" abgelehnt werden, muß an deren Prämissen herumgefeilt werden. So deutelt Fichte den Rousseau'schen individuellen Naturrechtsbegriff völkisch um. Ein „Allgemeinwille" stellt sich nun nicht mehr gesellschaftlich her, sondern ist durch Tradition und Überlieferung bereits vorgegeben. Die Verbindung Staat-

NATION & EUROPA
DEUTSCHE MONATSHEFTE

150 Jahre aktuell:

Michel, kehr aus !

Lauter 48er - „Nation & Europa" fordert auf zu neuen Taten

Gesellschaft ist hier keine politische, sondern eine natürliche. Die „Deutschen" sind allein aufgrund ihrer Kollektivseele mit dem Staat verbunden, die Juden und Jüdinnen hingegegen „ein mächtiger, feindelig gesinnter Staat" im Staate. Von daher können diesen nicht die gleichen Rechte zukommen. Im Falle der politischen Emanzipation würden die neuen Staatsbürger die „übrigen Bürger völlig unter die Füße treten". Neben der Vertreibung schlug Fichte als Lösung vor, den Juden und Jüdinnen die „Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei." In seinen berühmten „Reden an die deutsche Nation „ (1806-08) radikalisierte Fichte diese Gedanken weiter. Die „Deutschen" als „reines" und „christliches Volk" könnten kein anderes in ihrer Mitte dulden. Schon gar nicht das jüdische, welches hier bereits als „Gegen-Volk" konstruiert wird.

Der deutschen Variante der Aufklärung verpflichtet, argumentierte Fichte säkularisiert: Sein „Judentum" erschien nicht mehr als gottesmörderisch, sondern als Träger aller negativen Eigenschaften, die den „Deutschen" so fremd seien. Eine „Minderwertigkeit" der Juden und Jüdinnen wird hier bereits als anthropologische Konstante behauptet. Auch mit seinen Phantasmaorgien von der „jüdischen Weltverschwörung" weist sich der Philosoph als Ahnherr des modernen Antisemitismus aus.

Kampf gegen die Emanzipation

Der Berliner Geschichtsprofessor Friedrich **Rühs** setzte in seinem Pamphlet „Über die Ansprüche der Juden auf das deutsche Bürgerecht" (1815) Fichtes Gedankengang im Rückfall hinter die Aufklärung fort: „Ein fremdes Volk kann nicht Rechte erlangen, welche die Deutschen zum Teil nur durch das Christentum genießen." Der zukünftige deutsche Staat wurde wieder zum „christlich-germanischen" erklärt. Daneben verlangte Rühs die Wiedereinführung der mittelalterlichen Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen, „damit ein Deutscher, selbst sei er durch Aussehen, Verhalten und Sprache irregeführt, seinen hebräischen Feind erkenne."

Der Vernichtungswunsch richtete sich in akademischen Kreisen zunächst noch gegen das „Judentum" als „Volk" und Denkform. Den milden Charakter des Christentums hervorhebend, verlangt Rühs von den Juden und Jüdinnen, sich die „deutschen Volkseigentümlichkeiten" anzueignen, „um auf diese Arte den Untergang des jüdischen Volks mit der Zeit zu bewirken."

Am Wartburgfest wurde unter anderem eine Schrift von Jacob Friedrich **Fries** verlesen. Der Heidelberger Professor forderte 1816 in seiner Hetzschrift „Über die Gefährdung des Wohlstandes und des Charakters der Deutschen durch die Juden", daß diese „Kaste mit Stumpf und Stiel ausgerottet" werde. Die Rede von der Ausrottung der Juden und Jüdinnen hat nicht länger metaphorischen Charakter, der Vernichtungswunsch bezieht sich nicht mehr nur auf deren „Volkstum", das durch die Taufe überwunden werden könne. Insbesondere im vulgären Antisemitismus wurden zunehmend offene Mord- und Vertreibungsgelüste gegenüber den einzelnen Juden und Jüdinnen laut. Der Mob verband die gelehrige Rede vom „Untergang des Judentums" mit seinen disparaten Stimmungen angesichts der restaurativen Diktatur und der Krisenerfahrung - er schritt zur antisemitischen Tat. In den maßgeblich von studentischen Einpeitschern und christlichen Kaufleuten organisierten und als „Hep-Hep-Krawalle" in die Geschichte eingegangenen Pogromen von 1819 verband sich der Kampf gegen die fürstliche Willkür mit völkischem Ressentiment: „Wer damals Metternich haßte, haßte auch die Rothschilds." (Wanda Kampmann) Auch während der Aufstände von 1848 kam es vielerorts zu antisemitischen Ausschreitungen, so z.B. im März und April in Preßburg, wo deutschsprachige Händler und Handwerker gegen Juden und Jüdinnen wüteten.

Daß sich der Haß auf die Obrigkeit an den Juden und Jüdinnen austobt, weist auf die religiösen Wurzeln des Antisemitismus[3]: Seit jenen Tagen als die junge ChristInnengemeinde für die Ermordung ihres „Erlösers" nicht die römische Herrschaft, sondern eine „jüdische Verschwörung" verantwortlich machte, werden Juden und Jüdinnen auch als Ersatzobjekte verfolgt und ermordet. Von daher läßt sich die doppelt mörderische Dynamik erfassen, wie sie aus der Verbindung von „Christentum" und „Deutschtum" erwuchs.

Die in der burschenschaftlichen Literatur dauernd als Reaktion auf die Ermordung **Kotzebues** und den Freiheitsdrang der Studenten dargestellten „Karlsbader Beschlüsse" vom Herbst 1819 waren auch eine Reaktion auf die tagelangen Ausschreitungen gegen Juden und Jüdinnen. Mit dem Verbot des Korporationsunwesens und der Verfolgung der deuschtümelnden Demagogen konnte dem pogromistischen Mob zumindest die Führung genommen werden.

Heine, der zunächst an die Vereinbarkeit von Deut-

Lauter 48er - Die revanchistische Österreichische Landsmannschaft ruft auf die Barrikaden

Verhindert

Beim kommenden Kommers sicher nicht teilnehmen werden Rainer **Pawkowicz** und Peter Paul **Rainer**. Der Wiener FPÖ-Obmann Pawkowicz (B! ALDANIA und VANDALIA), der schon am Millennium-Kommers 1996 statt dem verhinderten Jörg **Haider** die Festrede gehalten hat, wird dieses Ehrenamt heuer nicht auffüllen können. Er verstarb am 28. März 54jährig an seinem Gehirntumor. Sein Begräbnis geriet zur eindrucksvollen Manifestation der Verkommenheit der Wiener Sozialdemokratie: Altbürgermeister Helmut **Zilk** würdigte in seiner Grabrede Pawkowicz als „echtes Wienerkind" und attestierte ihm die hierzulande so notwendige „Handschlagsqualität". Daß es sich beim Verstorbenen um einen bekennenden Rechtsextremisten gehandelt hat, mußte den Sozialpatrioten ein anderer Grabredner in Erinnerung rufen: Pawkowicz' Bundesbruder Walter **Sucher** vom RING VOLKSTREUER VERBÄNDE gab dem FPÖ-Chef ein letztes Andenken an jene Zeiten, „als Goethe und Schiller keine Ausländer waren", mit auf den Weg nach Walhalla.

*

Der Südtiroler F-Kader und Schützenhauptmann Rainer kann seinen Auftritt am Kommers ebenfalls nicht wiederholen: Er ermordete im Februar 1997 seinen ehemaligen Parteifreund Christian **Waldner** und sitzt gerade eine 22jährige Haftstrafe in Alto Adige/Südtirol ab (vgl. **LOTTA** DURA 10/97). Im Jänner dieses Jahres behauptete Rainer in einem Brief aus dem Gefängnis die Existenz einer Verschwörung österreichischer Rechtsextremisten. Als Drahtzieher bzw. Mitwisser nannte er den ehemaligen FPÖ-Nationalratsabgeordnete Otto **Scrinzi** (VDSt! INNSBRUCK) und den Verantwortlichen für den Südtiroler Freiheitskommers 1994, Franz **Watschinger** (B! BRIXIA). Angesichts der notorischen Weigerung der österreichischen Justiz in Sachen rechtsextremer Subversion in Alto Adige/Südtirol mit italienischen KollegInnen zusammenzuarbeiten, darf von einer Teilnahme Scrinzis und Watschingers am Revolutionskommers ausgegangen werden.

schnationalismus und Demokratie glaubte, gehörte zu den wenigen, welche die deutsche Fusion von nationaler Revolution und antisemitischem Pogrom früh erkannten. Schon 1823 schrieb er an seinen Schwager, daß er überall ein Revolutionär wäre, nur nicht in Deutschland, wo bei deren Sieg „einige tausend jüdische Hälse" abgeschnitten werden würden.

ANTISEMITISCHE WEGBEREITER

Entgegen aller korporierten Legenden war der Antisemitismus von Anfang an fixer Bestandteil burschenschaftlichen Lebens. Bereits die „Urburschenschaft" bestimmte, daß „nur ein Deutscher und Christ" Mitglied werden dürfe. Die Heidelberger TEUTONEN verbanden die antisemitische mit der antifranzösischen Haltung und verweigerten auch all denjenigen Zutritt, die „dem Fremden freiwillig und freudig angehangen" und „französische Grundsätze geübt, nach ihnen gehandelt" haben.

Bei der Vereinigung der bereits bestehenden Burschenschaften zur ALLGEMEINEN DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT (1818) stritt mann um den „Arierparagraphen". Dieser fand 1820 am geheimen Burschentag in Dresden eine Mehrheit, wobei sich zunächst nicht alle Burschenschaften an diesen Beschluß hielten. Daß er 1831 wieder zurückgenommen wurde[4], ist Ausdruck einer Kräfteverschiebung.

Denn neben der völkischen Gruppe existierten tatsächlich demokratisch-jakobinische Strömungen. Diese erhielten unter dem Eindruck der Pariser Julirevolution von 1830 Aufwind. Jahn und seine Germanomanen sahen darin zurecht ein Abrücken von den Idealen der „Urburschenschaft". Sie wetterten gegen die „Verjudung" und „Verwälschung" der Bewegung, die am Vorabend der 48er Revolution tief gespalten war.

Nach dem Scheitern der Revolution, das gleichbedeutend ist mit der endgültigen Niederlage demokratischer Positionen innerhalb der Burschenschaften, gewann die völkische Richtung, die 1848 im Abseits war, wieder Oberhand. Nun stimmte mann ein in den Chor der Reaktion, welche die Revolution von Anfang an als „jüdisch" und das Werk „ausländischer Rädelsführer" denunziert hatte. Mit der Übernahme dieser Verschwörungstheorie konnten sich vormalige Revolutionäre leicht der alten Herrschaft unterwerfen.

Die 1848er Revolution, bei der die Enthauptung des Kaisers nie auf der Tagesordnung stand, war als typisch „deutsche" Revolution von Ambivalenz geprägt: Der Mythos der guten Herrschaft verband sich mit dem der Volkssouveränität. Die bürgerlichen Revolutionäre erschraken nicht nur vor der revoltierenden ArbeiterInnenschaft (vgl. **LOTTA** DURA 10/97), sondern auch vor ihrer eigenen Aufmümpfigkeit. Das Frankfurter Paulskirchenparlament, dem ja sogar Antirevolutionäre vom Kaliber eines Jahn an-

ROT-BRAUNE ALLIANZEN: ZILK UND SCHMISSGERMANOMANEN AM PAWKOWICZ-BEGRÄBNIS

gehörten, kann in seiner schrulligen Abgehobenheit und ängstlichen Unentschlossenheit als institutionalisierte Lösung dieses Ambivalenzkonfliktes angesehen werden. Die Tatsache, daß mit Erzherzog **Johann** ein Vertreter der alten Herrschaftsschicht von diesem Honoratiorenparlament zum „Reichsverweser" ernannt wurde, weist ebenfalls in diese Richtung.

Der jakobinische Traditionsstrang

Ganz ungehört verhallte das „Schmettern des gallischen Hahns" (Karl Marx) in den „deutschen" Ländern jedoch nicht. Insbesondere in Süddeutschland und den an Frankreich grenzenden Gebieten bildeten sich jakobinisch-demokratische Zirkel. Innerhalb der Burschenschafterbewegung scharrte sich eine Gruppe um Georg W. F. **Hegel** und dessen Schüler. Diese grenzten sich vehement von den Deutschdümmlern ab und sahen mit ihrem Lehrer in Napoleon einen Verkünder des Weltgeistes, des zivilisatorischen Fortschritts.

Aber auch viele Parteigänger der bürgerlichen Revolution waren nicht frei von antijüdischen Ressentiments. Ihre Haltung gegenüber dem „Judentum" war geprägt von Ablehnung angesichts eines unterstellten inhärenten Konservativismus und Traditionalismus der mosaischen Religion. Mehr noch als die Christen wurden die Juden angehalten, ihre Religion zu überwinden, um der bürgerlichen Gesellschaft beitreten zu können. Das Wohl des modernen, bürgerlichen Staates stehe im Gegensatz zur talmudisch-rabbinischen Tradition. Daß diese seit jeher vielschichtig und zudem gerade enormen Reformschüben ausgesetzt war, wurde oft übersehen. Vielmehr schien es, als ob auch die „deutschen" Aufklärer mit Eisenmenger ein „Judentum" in dessen von Antisemiten mystifizierten Gesetzen „entdecken" würden. Die historische Realität der Diaspora und der jahrhundertelangen Fluchtgeschichte wurde in die „Natur" der Juden und Jüdinnen verlegt. Ahasver, der „ewige" und „wandernde Jude", entsprang bereits im Mittelalter der antisemitischen Phantasie.

Beispielhaft für diese Position steht der Hamburger Jakobiner und Autor Heinrich C. **Albrecht**, der 1792 meinte: „Die Juden sind eine Nation, die kein Vaterland hat, und sich in allen den Ländern, wohin ihr reisendes Leben sie führt, mit ihrer belastendsten Bürde schleppt, die allenthalben wohin sie kommt, das schlimmste was sie hat, mitbringt, ihre eigene Verfassung; eine Verfassung, die der Kultur Trotz bietet, Veredelung ausschließt, und Knechtschaft an die Stelle der Moral und der Humanität setzt."

Ganz dem Zeitgeist verpflichtet, sah ein Großteil der Aufklärer und Demokraten in der schrittweisen Emanzipation der Juden ein Mittel, diese zu erziehen. Zunächst waren nur wenige bereit, an die politischen Rechte weder Vorbedingungen noch missionarische Hoffnungen zu knüpfen. Sie erklärten konsequent die Religion zur Privatsache und kämpften auch für die Gleichberechtigung des christlichen und mosaischen Glaubens. Diese liberal-revolutionäre Konzeption setzte sich 1848 kurzfristig durch.

Im §13 des Verfassungsentwurfes wurde vom Paulskirchenparlament die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis festgelegt. Der Abgeordnete Moritz **Mohl** brachte im August 1848 einen Zusatzantrag ein: „Die eigentümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung und können vom Reiche geordnet werden. Den israelitischen Angehörigen Deutschlands werden die aktiven und passiven Wahlrechte gewährleistet." Dieser Versuch, die Juden erneut unter ein Sonderrecht zu stellen und wieder vom Wohlwollen eines Herrschers abhängig zu machen, wurde zunächst noch abgewehrt. Der Grundrechtskatalog vom Dezember 1848 bestimmte im Artikel V: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt."

Die Niederschlagung der Revolution war gleichbedeutend einerseits mit der partiellen Rücknahme der Emanzipation, andererseits mit der Rückkehr zu aufgeklärt-etatistischen Konzepten. Der Staat übernahm die Aufgaben, die nach gelungener Revolution der bürgerlichen Gesellschaft hätten zukommen sollen. Nun wurden politische Rechte nicht mehr erkämpft, sondern wieder nur gewährt. Das machte sie tendenziell leichter widerrufbar. Die Tatsache, daß in Deutschland und Österreich nicht die Bourgeoise, sondern ein auf Adel, Militär und Bürokratie gestützter Staat die bürgerliche Gesellschaft verwirklichte, kennzeichnet den vielzitierten „Sonderweg" in den Faschismus.

B! Teutonia

Als Veranstalter des „Revolutionskommerses" betätigt sich die legendäre Wiener Burschenschaft TEUTONIA (Rother Hof 8 (Piaristengasse), 1080 Wien). Die 1868 gegründete Teutonia wurde bereits 1888 wegen einer antisemitischen Festrede behördlich aufgelöst. Aufgrund der Übernahme des „Arierparagraphen" wurde Sie 1896 erneut verboten. 1939 erfolgte die feierliche Überführung als K! Georg von **Schönerer** in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. 1952/53 versuchten die „Teutonen" unter dem Tarnnamen Geselligkeitsverein Danubia das behördliche Verbot von 1945 zu umgehen, kurz darauf wurde Ihnen die Betätigung unter dem alten Namen wieder erlaubt.

In den späten 80er Jahren galt die Teutonia als korporierter Arm der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO) Gottfried **Küssels.** Neben dem mehrfach verurteilten Neonazi Franz Radl Jun. waren bzw. sind hier folgende VAPO-Kader aktiv: Kurt **Hofinger,** Johannes **Pammer,** Walter **Schöfecker**, Kurt **Unterrainer**, Herbert **Orlich**, sowie der wegen der Beteiligung am Brandanschlag auf das besetzte Haus in der Ägidigasse 1987 verurteilte Alois **Desch** und der stellvertretende Kameradschaftsführer Hubert **Erhardt.**

Der Teutone und Küssel-Vertraute Manfred Samek war schon Aktivist der neonazistischen Aktion Neue Rechte (ANR). Der FPÖ-Bundesrat Reinhard **Bösch** hat sich seine Schmisse ebenfalls bei der Teutonia geholt.

Kurz nach der Verhaftung des Teutonia-Burschenschafters Radl wegen des Verdachtes der Mittäterschaft bei der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 durchsuchten die Terrorfahnder den Rothen Hof. Die Schmißgermanen waren natürlich vorgewarnt und das Ergebnis der Hausdurchsuchung fiel dementsprechend mager aus.

Einige weitere „Teutonen" aus den 80er und 90er Jahren: Ducho Harald, Fux Norbert G., Hausmann Kurt J., Kirschner Roland, Ruthofer Michael, Tijn Sascha Michael van, Arlamowsky Markus, Gaar Kurt, Gomsi Robert, Klug Alexander, Preininger Kurt, Rux Gernot u. Volker, Weber Alexander, Kirschbichler Heinz, Koßl Michael, Huepfel Herbert, Boxberg Alexander, Arthofer Siegfried, Gantschacher Günther, Steiner Martin, Leidinger Anton, Strasser Gerhard, Leypold Markus, Vorbeck Wolfgang, Schrammel Gerald, Wiesinger Klaus P., Oppl Konstantin, Baschnegger Michael, Paminger Michael

„Linker" Antisemitismus

1848 gilt auch als Geburtsstunde der modernen ArbeiterInnenbewegung. Daß diese ebenfalls nicht frei war vom völkischen Wahn, ist nicht nur dem Einfluß deutschdümmelnder Studenten und Akademiker zuzuschreiben.[5] Der „linke" Antisemitismus entspricht einem bestimmten, frühen Bewußtseinsstand der ArbeiterInnen, insbesondere der Handwerker in zünftlerischer Produktion. Auch die Maschinenstürmer von 1848 waren nicht frei von reaktionärer und personalisierender Kapitalismuskritik, die ein Hauptmerkmal des modernen Antisemitismus darstellt. So beschloß eine Versammlung Wiener Zunfthandwerker am 27. März 1848, „daß kein Arbeiter mehr bei einem jüdischen Fabriksbesitzer in Arbeit treten dürfe; jeder dawider Handelnde wird von der Innung ausgeschlossen. Der Grund liegt darin, daß der israelitische Fabrikant soviel als möglich drückt und schlecht bezahlt."

Karl **Marx** selbst verfügte zum Zeitpunkt der Abfassung seiner umstrittenen Schrift „Zur Judenfrage" (1843) noch nicht über das analytische und begriffliche Rüstzeug, um den Kapitalismus vollständig zu erfassen. Er vermochte nicht „hinter den Schein der bürgerlichen Gesellschaft, der Zirkulation, zu schauen." (Claussen) So setzte er Kapitalismus mit Geldherrschaft und diese mit dem „Judentum" gleich. Der „Schacher" erscheint ihm als „der weltliche Kultus des Juden" und als „empirische(s) Wesen des Judentums", das „Geld" als dessen „weltlicher Gott". Dem „Judentum" dichtet Marx ein „antisoziales Element" an. Seine Lösung der „Judenfrage" gipfelt in der Formulierung: „Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum."

Die anti-marxistische Linke konservierte diesen frühen Bewußtseinsstand und verband ihn mit gerade aufkommenden rassistischen Konstruktionen. Pierre-Joseph **Proudhon** etwa schrieb: „Der Jude besitzt ein gegen die Produktion eingestelltes Temperament; er ist weder Ackerbauer noch Gewerbetreibender, nicht einmal wirklicher Kaufmann. Er ist stets betrügerischer und parasitärer Vermittler (...). Seine Politik in der Wirtschaft ist völlig negativ; er ist das böse Prinzip, nämlich Satan und Ahriman, der in der Rasse Sems Gestalt angenommen hat."

Der Antisemitismus eines Michael **Bakunin** weist bereits in den NS: „Nun, diese ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über Staatsgrenzen hinweg - diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur Verfügung. Ich bin sicher, daß die Rothschilds auf der einen Seite die Verdienste von Marx schätzen und daß Marx auf der anderen Seite instinktive Anziehung und großen Respekt für die Rothschilds empfindet."

Ein Beispiel dafür, wie sich der antibürgerliche Affekt und ein romantischer, personalisierender Antikapitalismus zum Antisemitismus auswachsen, lieferte 1848 der Wien-Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung", Eduard von **Müller-Tellering**: „Das Judentum hat sich der demokratischen Leitung bemächtigt und ist noch zehnmal niederträchtiger als das westeuropäische Bourgeoistum, weil es die Völker unter der erheuchelten, börsengestempelten Maske der Demokratie betrügt, um sie direkt in den Despotismus des Schachers zu führen. (...) Wenn wir siegen, werden wiederum nur gemeine Juden, deren feiges Spekulantentum der Demokratie im Volke alles Ansehen beraubt, den Gewinn davontragen." Müller-Tellerings damaliger Chefredakteur Karl Marx fand übrigens nichts an dessen Ausfällen, erst 1850 distanzierte er sich von seinem vormaligen Lieblingskorrespondenten.

Der marxistischen Linken in Deutschland und Österreich muß es - neben ihrer Teilnahme am antisemitischen Diskurs - zum Vorwurf gemacht werden, daß sie im Kampf gegen den Antisemitismus höchstens einen Nebenschauplatz sah. Im deutschen „Sozialdemokrat" hieß es etwa 1881, daß die SozialdemokratInnen „im Großen und Ganzen prinzipielle Gegner des ganzen Antisemitenrummels" seien, sich jedoch im Kampf gegen diesen zurückhielten: „Fortschrittler, Sezessionisten, Nationalliberale und Juden mögen mit den Antisemiten fertig werden, jeder wehre sich seiner eigenen Haut, und die Sozialdemokraten haben sich unter dem Belagerungszustand der Polizei zu erwehren."

Der Antisemitismus wurde als bürgerliche und reaktionäre Ideologie abgetan - Friedrich **Engels** nannte ihn „nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftschichten gegen die moderne Gesellschaft". Von daher sei das Proletariat immun gegen Antisemitsmus.

Die Annahme, der Antisemitismus sei prinzipiell auf die reaktionären Kräfte und mittelalterlichen Formationen beschränkt, führte zu drastischen Fehleinschätzungen: „Der Antisemitismus, der nach seinem Wesen nur auf die niedrigsten Triebe und Instinkte einer rückständigen Gesellschaftsschicht sich stützen kann, repräsentiert die moralische Verlumpung der ihm anhängenden Schichten. Tröstlich ist, daß er in Deutschland nie Aussicht hat, irgend einen maßgebenden Einfluß auf das staatliche und soziale Leben auszuüben." (August Bebel)

Daneben zeichnete sich die sozialistische ArbeiterInnenbewegung mehrheitlich durch eine Ignoranz gegenüber den konkreten Erfahrungen und Bedürfnissen der Juden und Jüdinnen aus. Ganz in der Tradition der bürgerlichen Aufklärer erhofften und verlangten sie deren Untergehen in der christlichen Mehrheitsgesellschaft. Karl **Kautsky** schrieb 1914: „Wir sind nicht völlig aus dem Mittelalter heraus, solange das Judentum noch unter uns existiert. Je eher es verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst." Auch Otto **Bauer** verlangte ausgehend von der Einschätzung, daß die Abneigung des „christlichen Arbeiters" gegenüber dem „jüdischen Arbeitskollegen (...) dem naiven Instinkt gegen die fremde Art des nichtassimilierten Juden" entspringe, das vollständige Aufgehen des jüdischen Proletariats im nationalsozialen Kollektiv.

Die Angriffe der Rechten, welche die Sozialdemokratie als „verjudet" darstellte, wehrten die besseren Antisemiten mit dem Hinweis auf die Kooperation der Christlichsozialen und Deutschnationalen mit dem „jüdischen Kapital" ab. Auch vor dem Nachweis „jüdischer Elemente" in den feindlichen Reihen schreckten sie nicht zurück. So heißt es in der sozialdemokratischen Hetzbroschüre „Der Judenschwindel" (Wien 1923): „Welcher Schwindel der Antisemitismus ist, geht vor allem daraus hervor, daß die christlichsoziale Partei selbst durchaus verjudet ist. (...) Wen stellten die Christlichsozialen als Kandidaten auf? Den Judenstämmling Dr. Kienböck."

Vor allem in Deutschland war der Antisemitismus als antiliberale Bewegung bei aller Konkurrenz gleichzeitig potentieller Bündnispartner. Ruth **Fischer**, Mitglied des ZK der KPD, hob die Gemeinsamkeit 1923 in einer Rede vor rechtsextremen Studenten hervor: „Das deutsche Reich, die deutsche Kulturgemeinschaft, die Einheit der Nation können nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutschvölkischen Seite, erkennen, daß Sie gemeinsam kämpfen müssen mit den Massen, die in der Kommunistischen Partei organisiert sind (...). Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß (...). Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?"

Schon 1893 schrieb **Bebel** in einer Partei-Resolution: „Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann." Auch Wilhelm **Liebknecht** betrachtete den Antisemitismus 1893 als Durchlauferhitzer des Sozialismus: „Ja, die Herren Antisemiten ackern und säen, und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen."

Nachdem 40 Jahre später die NSDAP die Ernte eingefahren hatte, konnten sich die deutschen SozialdemokratInnen noch immer keinen Begriff von der drohenden Katastrophe machen: Am 19. Juni 1933 versammelten sich die noch nicht verhafteten oder geflohenen Mitglieder des SPD-Parteivorstandes, um sich vor den GenossInnen im Exil zu distanzieren und „die Angriffe von Emigranten auf das neue Deutschland zurückzuweisen." Ein „judenreines" Führungsgremium wurde mit der Leitung der Partei beauftragt. Undankbare Nazis: Drei Tage später wurde die SPD verboten... ●

Literatur:

Brumlik, Micha; Kiesel, Doron; Reisch, Linda (Hg.): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt/M. 1991

Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1994

Elbogen, Ismar; Sterling, Eleonore: Die Geschichte der Juden in Deutschland. Frankfurt/M. 1988

Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938. München, Zürich 1991

Häusler, Wolfgang: Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848. Wien 1979

Heither, Dietrich et al.: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt/M. 1997

Jüdisches Museum der Stadt Wien (Hg.): Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen. Wien 1995

Kampmann, Wanda: Deutsche und Juden. Die Geschichte der Juden in Deutschland vom Mittelalter bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M. 1994

Marcuse, Herbert: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie. Darmstadt, Neuwied 1972

Poliakov, Léon: Geschichte der Antisemitismus. Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn. Worms 1987

Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage" der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/M. 1987

Sterling, Eleonore: Er ist wie du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850). München 1956

Verein „Österreichisches Jüdisches Museum in Eisentadt" (Hg.): Studia Judaica Austriaca. Bd. 1. Das Judentum im Revolutionsjahr 1848. Wien 1974

[1]Das französische Emanzipationsmodell blieb jedoch selbst widersprüchlich. Zunächst wurde 1791 allen französischen Juden die sofortige und uneingeschränkte Gleichstellung per Gesetz garantiert. Doch wurde die liberal-revolutionäre Konzeption nicht durchgehalten: 1808 legte Napoleon per Dekret neuerlich Ausnahmebestimmungen (Handelsbeschränkungen) für die Juden der ostfranzösischen Departements fest.

[2]Der Heidelberger Theologe Johann Andreas Eisenmenger nannte in seinem 1711 veröffentlichten Machwerk „Entdecktes Judentum" die Juden und Jüdinnen ein „Teufelsvolk", das von Gott verflucht worden sei.

[3]Die Hetze von 1819 weist auch unmittelbar auf die christlichen Wurzeln des Antisemitismus. In einem Flugblatt heißt es etwa: „Brüder in Christo! Auf, auf, sammelt euch, rüstet euch mit Muth und Kraft gegen die Feinde unseres Glaubens, es ist Zeit, das Geschlecht der Christusmörder zu unterdrücken, damit sie nicht Herrscher werden über euch und unsere Nachkommen, denn stolz erhebt schon die Juden Rotte ihre Häupter und spotten unserer Ehrfurcht, daß wir unsere Knie beugen für den, den sie gewürgt, darum nieder! nieder mit ihnen, ehe sie unsere Priester kreutzigen (...). Diese Juden, die hier unter uns leben, die sich wie verzehrende Heuschrecken unter uns verbreiten, und die das ganze preußische Christenthum dem Umsturz drohen, das sind die Kinder derer, die da schrien: kreutzige, kreutzige. Nun auf zur Rache! unser Kampfgschrei sei Hepp! Hepp!! Hepp!!! Aller Juden Tod und Verderben. Ihr müßt fliehen oder sterben."

[4]In Österreich wurde der „Arierparagraph" zunächst 1878 von der Wiener B! LIBERTAS eingeführt, die übrigen Burschenschaften folgten im Laufe der nächsten Jahre. 1896 wurde der Ausschluß von Juden am „Waidhofener Verbandstag" der Burschenschaften zum Prinzip erhoben: „In vollster Würdigung der Tatsache, daß zwischen Ariern und Juden ein so tiefer moralischer und psychischer Unterschied besteht, und daß durch jüdisches Unwesen unsere Eigenart schon so viel gelitten, in Anbetracht der vielen Beweise, die auch der jüdische Student von seiner Ehrlosigkeit und Charakterlosigkeit gegeben und da er der Ehre nach unseren deutschen Begriffen völlig bar ist, faßt die heutige Versammlung deutscher wehrhafter Studentenverbindungen den Beschluß: 'Dem Juden auf keine Waffe mehr Genugtuung zu geben, da er deren unwürdig ist.'" Die Wiener B! SILESIA wies damals bereits über die Grenzen des „deutschen" Ehrbegriffs hinaus: Der Ausschluß wurde nicht nur mit der „angeborenen Feigheit der Juden" begründet, sondern auch schon mit der die „nationale Existenz und germanische Moral gefährdende(n) Rasse". Noch 1960 verteidigte die Innsbrucker B! SUEVIA stellvertretend für das korporierte „Ostmarkkartell" den „Arierparagraphen" gegenüber gemäßigteren deutschen Burschenschaften: „Wir wollen und können es von Nichtdeutschen gar nicht verlangen, daß sie sich zum Deutschtum bekennen und stehen auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, daß somit auch der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat."

[5]Daß in Österreich mit Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer zwei Burschenschafter und (bis 1885) Kampfgefährten des völkischen Gurus Georg Ritter von Schönerer an der Wiege der Sozialdemokratie standen, prägt diese bis heute.

Gratis-Probenummern bestellen: TATblatt, Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien, TATblatt@blackbox.at
oder vorbeisurfen: http://www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt

Neues vom Fleischmarkt

Selbsternannte „LebensschützerInnen"

WIE BEREITS IN DER LOTTA DURA 10/1997 BERICHTET, HABEN DIE SELBSTERNANNTEN „LEBENSSCHÜTZERINNEN" VON PRO LIFE IM VERGANGENEN SOMMER EINE GROßOFFENSIVE GEGEN DIE ÖSTERREICHISCHEN ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN UND -KLINIKEN GESTARTET. DABEI KAM ES IM AUGUST BEI EINER PRO-LIFE-MESSE IM WIENER STEPHANSDOM ZU ÜBERGRIFFEN DER STAPO UND EINIGER PRO-LIFE-AKTIVISTEN AUF EINE GRUPPE VON DEMONSTRANTINNEN.

Einige der damals perlustrierten und angezeigten Frauen haben dann im Dezember vom Büro für Staatsschutz einen Brief bekommen, in dem sie von der Zurücklegung der Strafanzeige informiert wurden. Warum das geschah, ist völlig unklar.

Eine der PRO-LIFE-Gruppen, nämlich HUMAN LIFE INTERNATIONAL (HLI), hat inzwischen in unmittelbarer Nähe des Wiener Ambulatoriums für Schwangerenhilfe am Fleischmarkt eine eigene „Beratungsstelle" eingerichtet und belästigt weiterhin Frauen, die in die Abtreibungsklinik gehen u.a. mit Fotos von zerstückelten Föten oder mit zerstückelten Puppen. Sie wollen die Frauen davon abhalten, „Morde" zu begehen und stehen auf dem Standpunkt, daß das ungeborene Kind nicht der Frau gehört, sondern daß sie es austragen muß. Vordergründig behaupten sie, den Frauen helfen zu wollen, gleichzeitig treten sie aber auch gegen Sterilisierungen auf. Das Ambulatorium hat nun Frauen eingestellt, deren Aufgabe es ist, die von HLI schikanierten Frauen sicher zur Klinik und wieder weg zu begleiten.

Eine solche regelmäßige Belagerung hat es in der Geschichte des Ambulatoriums noch nie gegeben und es stellt sich die Frage, wie sich das auf Dauer vor Ort und auch politisch auswirken wird.

Im Rahmen des PRO-LIFE-Marsches im Vorjahr gab es übrigens einen Workshop mit dem Titel: „Bomben vor der Abtreibungsklinik. Gibt es moralische Grenzen im Kampf gegen die Abtreibung?" Hoffentlich erfahren wir nie, zu welchen Antworten die „LebensschützerInnen" hier womöglich gekommen sind. ●

Quellen:
AUF - Eine Frauenzeitschrift Nr. 99/März 1998
die gezeit - Zeitschrift der Fakultätsvertretung Gewi Nr. 2/April 1998

Frauentag bei Siemens

jung, dynamisch und flexibel

ÜBER DIE EINSCHLÄGIGE VERGANGENHEIT DER FIRMA SIEMENS ALS NUTZNIEßERIN DER SKLAVENARBEIT VON KZ-HÄFTLINGEN WÄHREND DES NATIONALSOZIALISMUS HABEN WIR WIEDERHOLT BERICHTET (LOTTA DURA 8 UND 9/1997). HEUTZUTAGE BASTELT SIEMENS AN EINEM JUNGEN (=DYNAMISCHEN UND FLEXIBLEN) UND FRAUENFREUNDLICHEN IMAGE, ZU DESSEN PFLEGE DER ÖSTERREICHABLEGER DIE FRAUENMINISTERIN BARBARA **PRAMMER** EINLUD, DEN INTERNATIONALEN FRAUENTAG HEUER DOCH IN DEN HALLEN DER KONZERNFILIALE WIEN/ERDBERG ZU FEIERN.

Und unsere junge (=dynamische und äußerst flexible) Frauenministerin sagte zu. Siemens stiftete ein tolles Buffet und eine Videoliveschaltung nach Linz, damit sich unter dem Motto „Frauen und Neue Technologien" die Frauen in Linz und die in Wien gegenseitig beim Feiern zusehen konnten. Die Hauptforderung war denn auch: Die „Frauen der Welt" dürfen den Anschluß ans Internet nicht verpassen und müssen endlich das Surfen lernen! Als gäbe es für eine, die Waschmaschinen und Geschirrspüler bedienen kann, da noch viel zu lernen; ganz abgesehen davon, daß die Frauen weltweit zu 80% über keinen Telefonanschluß verfügen.

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück und einige andere Demonstrantinnen sorgten allerdings dafür, daß die sozialdemokratische Selbstbespiegelung an diesem Tag getrübt wurde. Prammer mußte einen Brief der LG Ravensbrück verlesen, in dem auf die Rolle von Siemens im Nationalsozialismus hingewiesen wurde. Auf die Frage, was sie wegen der noch immer nicht erfolgten Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen zu unternehmen gedenke, geriet sie ins Stottern und meinte, sie würde mit Siemens in einen Dialog treten, falls Siemens das wolle. Vielleicht mittels Videokonferenzschaltung oder gar mittels Internet-Schwätzchen, damit immerhin ein paar privilegierte Frauen „weltweit" mitplaudern können?

Daß sie nicht nur als Frauenministerin sondern wohl v.a. als Verbraucherschutzministerin (Siemens ist wichtigster technologischer Ausrüster von Kernkraftwerken wie Mochovce) eingekocht wurde, hat Prammer jedenfalls sicher nicht kapiert. Sie war übrigens sogar bereit, den Internationalen Frauentag, der bekanntlich (und tatsächlich weltweit) am 8. März gefeiert wird, Siemens zuliebe heuer auf den 6. März vorzuverlegen. ●

notruf
beratung für vergewaltigte frauen und mädchen
☎ 523 22 22

Quellen:
AUF - Eine Frauenzeitschrift Nr. 99/März 1998
an.schläge - Feministisches Magazin für Politik, Arbeit und Kultur, April 1998

Planet Österreich

Drohende Zwangsernährung

In unserer letzten Nummer erwähnten wir die hohe Anzahl von Hungerstreiks von Schubhäftlingen in österreichischen Gefängnissen. Rund 1000 Schubhäftlinge werden jährlich nach Hungerstreiks entlassen. Ein Fall in Vorarlberg hat nun eine öffentliche Diskussion darüber ausgelöst.

Am 23. Jänner 1998 traten in der Bludenzer Schubhaftstation 19 kurdische und albanische männliche Schubhäftlinge in einen Hungerstreik. Nach fünf Tagen wurden 4 Männer in andere Polizeigefängnisse verlegt und 3 Männer brachen den Hungerstreik ab. Am 5. Februar beendeten auch die letzten drei Männer den Streik. Obwohl manche von ihnen während des Hungerstreiks bis zu sieben Kilo Körpergewicht verloren hatten, wurde ihre Gesundheit vom Polizeiarzt für nicht gefährdet erklärt. Rein medizinisch gesehen ist es nämlich durchaus relativ, wie lange ein Mensch, ohne feste Nahrung zu sich zu nehmen, gesundbleiben kann. Die Ziele des Hungerstreiks waren die Beschleunigung der Verfahren und das Aufmerksammachen auf die menschenrechtswidrige Gesetzeslage in Österreich. Der Streik wurde einerseits beendet, weil der Vorarlberger Sicherheitsdirektor Elmar **Marent** eine baldige Entlassung in Aussicht gestellt hatte, andererseits wohl aber auch, weil Marent den Hungernden mit Zwangsernährung gedroht hatte.

Zwangsernährung

Zwangsernährung ist ein gewalttätiger Akt, bei dem die Hungernden gegen ihren Willen mittels Infusionen künstlich ernährt werden. Ein Hungerstreik im Gefängnis ist das letzte verzweifelte Mittel, um gegen unmenschliche Haftbedingungen und behördliche Willkür bei der Behandlung von Asylanträgen zu protestieren. Wenn den Gefangenen jede andere Möglichkeit der Artikulation verwehrt wird, bleiben ihnen nur noch ihre Körper, um damit Signale zu setzen. Je nach Situation nehmen die Hungernden ihren eigenen Tod in Kauf.

In Österreich werden hungernde Schubhäftlinge noch (!) freigelassen. Diese „Freiheit" führt jedoch meist in die Illegalität oder endet mit einer neuerlichen Verhaftung. Anstatt nun aber die Haftbedingungen zu verbessern bzw. von der Praxis abzugehen, AsylwerberInnen aufgrund nichtigster Vergehen (z.B. Verwaltungsübertretungen) sofort einzusperren, rufen Polizei, FPÖ, ÖVP und Kronenzeitung einhellig nach einer gesetzlichen Grundlage für die Zwangsernährung.

Es gehe nicht an, daß „Kriminelle in Freiheit kommen, nur weil sie nichts essen", so etwa die FPÖ-Abgeordnete Helene **Partik-Pablé**. Da die Zwangsernährung in vielen EU-Staaten erlaubt ist, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die österreichischen Gesetze um diesen Passus erweitert werden.

Daß der Vorarlberger Sicherheitsdirektor mit Zwangsernährung gedroht hatte, wurde zum Auslöser für diese Diskussion. Obwohl Innenminister Karl **Schlögl** wenige Stunden nach Bekanntwerden dieses ungesetzlichen „Bluffs" eine Zwangsernährung (in seiner Diktion: „intensive medizinische Betreuung") für ausgeschlossen erklärte, wurde kurze Zeit später der Chef-Jurist im Innenministerium, Wolf **Szymanski**, beauftragt, einen gesetzlichen Passus auszuarbeiten, der die Zwangsernährung im Rahmen des Verwaltungsstraf- oder des Fremdengesetzes verankern könnte. Der Wiener Polizeipräsident Peter **Stiedl** glaubt, daß allein die Existenz eines solchen Gesetzestextes die Häftlinge von Hungerstreiks abbringen würde. Damit ignoriert er die katastrophalen Existenzbedingungen der Schubhäftlinge und nimmt in Kauf, daß es dadurch möglicherweise vermehrt zu Selbstmordversuchen und Selbstmorden kommen könnte.

Quellen:
Salzburger Nachrichten 4.3.1998
Vorarlberger Nachrichten 28.1.1998, 6.2.1998
Neue Kronenzeitung 8.3.1998, 25.3.1998
Kurier 29.1.1998, 25.3.1998

Selbstmord

Am 16. März 1998 ging der somalische Flüchtling Ahmed Sharif Hussein in den Grazer Stadtpark zum „Platz der Menschenrechte" und erhängte sich. Er war 1990 illegal nach Österreich geflüchtet und zwei Jahre später als politischer Flüchtling anerkannt worden.

Er lernte Deutsch, hatte eine Arbeit und eine Wohnung in Graz, doch 1994 beging er betrunken einen versuchten Raub. Nach der Gefängnisstrafe hätte er mit Hilfe seiner Freunde und seines Arbeitgebers wieder ein normales Leben führen können, doch die österreichischen Behörden widerriefen seinen Flüchtlingsstatus, die Polizei erließ ein Aufenthaltsverbot gegen ihn und nahm ihn in Schubhaft, um ihn nach Somalia abzuschieben. Ahmed befürchtete, dort gefoltert und getötet zu werden, doch das Bundesasylamt hielt eine Abschiebung dennoch für zulässig. Erst nachdem eine Abschiebung Ahmeds von der Europäischen Kommission für Menschenrechte für menschrechtswidrig erkannt wurde, erklärten auch die österreichischen Behörden eine Abschiebung für unzulässig, hielten jedoch das Aufenthaltsverbot aufrecht.

Ahmed lebte von da an in einer Quasi-Illegalität, mußte sich wöchentlich bei der Fremdenpolizei melden, hatte keinen Ausweis mehr und wurde bei Polizeikontrollen entsprechend langwierig überprüft. Er arbeitete weiterhin, hatte aber Mühe, von seinem Konto Geld abzuheben, da er seine Identität nicht mehr nachweisen konnte. Der Aufschub seiner Abschiebung mußte jährlich erneuert werden. Bei seinen wöchentlichen Vorsprachen bei der Fremdenpolizei wurde ihm regelmäßig eingeredet, seine Abschiebung stünde bevor. Insgesamt vier Jahre lang war Ahmeds Antrag auf Aufhebung des Aufenthaltsverbots bei den Behörden anhängig. Sein Flüchtlingsstatus wurde nicht mehr wiederhergestellt. Diese zutiefst verunsichernde Situation hat Ahmed nicht mehr ertragen. Innenminister Schlögl & Co. zeigten sich nach seinem Selbstmord betroffen (Schlögl: „Ich bin problembewußt."), doch die Schuld haben sie alle weit von sich geschoben.

•

Quelle:
profil Nr. 14/30. März 1998

„Rechtsextremisten unerwünscht!"

„Die Bürger der Stadt Passau."

Diese Plakate hingen an allen Ausfahrtsstraßen der Dreiflüssestadt, ein großes Transparent gleichen Inhalts thronte weithin sichtbar über der Nibelungenhalle. Während sich vor der Halle GegendemonstrantInnen Scharmützel mit der Polizei lieferten, hielt drinnen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) ihren Bundeswahlkongreß ab - samt „ostmärkischer Prominenz".

Rund 4.000 Alt- und Neonazis waren am 7. Februar dieses Jahres zu einem „Tag des nationalen Widerstands" zusammengekommen. Die Polizei nahm 73 Personen fest, davon 33 aus dem rechten Spektrum. In letzter Minute hatte Passaus SPD-Oberbürgermeister Willi Schmoller mit einem allgemeinen Versammlungsverbot versucht, die NPD-Veranstaltung und Gegenkundgebungen zu verhindern. Doch Verwaltungsgerichte in Regensburg und München votierten für das Grundrecht auf Versammlungsfeiheit. Sie sahen die Polizei durchaus in der Lage, mit der Situation fertig zu werden. Die von der „Passauer Aktion Zivilcourage" (PAZ) angekündigte Blockade des Hallenzugangs war als nicht angemeldete Aktion sowieso nicht vom Versammlungsverbot betroffen.

Rund 2.000 PassauerInnen beteiligten sich per Unterschrift an der Aktion. Durch die vorzeitige Öffnung der Halle um acht Uhr ermöglichte es jedoch die Stadt Passau der NPD, die geplante Blockierung der Eingänge zeitlich zu umgehen.

Trotz des massiven Polizeiaufgebots in der Stadt kamen etliche Busse mit NPD-Sympathisanten nicht bis zur Halle durch. Mehrere Fahrzeuge wurden von GegendemonstrantInnen schwer beschädigt. Insgesamt hatten sich etwa 3.000 NPD-GegnerInnen in Passau versammelt. Ihre Abschlußkundgebung direkt neben der Nibelungenhalle wurde durch einen „hemmungslosen Knüppeleinsatz der Polizei" (so die Veranstalter) vorzeitig beendet. Daß überhaupt so viele GegendemonstrantInnen nach Passau gekommen waren, werteten sie als „vollen Erfolg". Unter den Besuchern der NPD-Veranstaltung tummelten sich mit Friedhelm **Busse**, Christian **Worch**, Michael **Swierczek**, Wolfram **Narath** und Thorsten de **Vries** die ehemalige Führer der inzwischen verbotenen Gruppierungen „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), „Nationale Liste", „Nationale Offensive", „Wiking Jugend" und „Deutscher Kameradschaftsbund. Ein Beleg dafür, daß die NPD als das Auffangbecken verbotener Neonaziorganisationen fungiert.

Mit den Redebeitragen des Hamburger Jürgen **Rieger** und des steirischen notorischen NS-Wiederbetätigers Herbert **Schweiger** waren, so die Internetausgabe der Berlin-Brandenburgischen Zeitung (BBZ), „zwei führende Köpfe der 1992 vom BRD-Regime für 'verboten' erklärten Nationalistischen Front" anwesend. Die Nationalistische Front (NF) galt in Deutschland und Österreich bis zu ihrem Verbot als die militanteste Organisation des Neonazismus in den 90er Jahren. BBZ-Herausgeber Frank **Schwerdt** wertete Riegers und Schweigers Auftritt als „Signal für die neue Richtung in der NPD". Sein Blatt mit einer Auflage von rund 30.000 Exemplaren (einschließlich diverser Regionalausgaben) wird im deutschen Verfassungsschutzbericht 1996 als die „auflagenstärkste neonazistische Zeitung" klassifiziert.

Unter den Ehrengasten soll sieh auch der Obmann der Partei Neue Ordnung (PNO), der Burgenländer und Schweiger Gefahrte Robert **Dürr**, eingefunden haben. Im Arbeitskreis „Nationalistische Wirtschaftspolitik heute" diskutierte neben Schweiger auch Reinhold Oberlercher, der schon 1987 im Wiener Juridicum mit seiner rechten Gesinnung aufhorchen ließ. Damals hatte der deutsche „Privatgelehrte" auf Einladung des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS) zum Thema „Österreich, die Weltrevolution und die Wiedervereinigung" referiert. Neben einem militant agierenden Saalschutz und der Anwesenheit des derzeit inhaftierten VAPO-Chefs Gottfried **Küssel** - er bekam damals von Antifas ein paar auf den Rüssel - sorgten die Verbalentgleisungen Oberlerchers fiir einen Eklat. Der seinerzeitige Dekan und heutige Dritte Nationalratspräsident Wilhelm Brauneder (FPÖ) war trotz anfänglicher Anwesenheit zu keiner Reaktion bereit. Erst sechs Tage später distanzierte sich Brauneder schließlich doch noch von diesen Ereignissen. ●

Delikt: Antifaschismus

Buchrezension

PARALLEL ZUR ESKALATION DES RECHTSEXTREMEN TERRORS SETZTE DIE GLEICHNAMIGE SZENE IM VERBUND MIT WILLFÄHRIGEN JOURNALISTEN, POLIZISTEN UND JURISTEN EIN KARUSSELL AUS LÜGEN, DESINFORMATIONEN UND KRIMINALISIERUNGSVERSUCHEN DER ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN IN GANG.

Ein Probelauf für Haiders „Dritte Republik", von welcher der oberösterreichische FPÖ-Obmann Hans **Achatz** meinte, sie sei „gefährlich für Antifaschisten". Wie groß die Gefahr schon heute ist, wird in einem vor kurzem bei „Elefanten Press" erschienen Buch illustriert. Die Autoren rund um den von der anti-antifaschistischen Offensive persönlich betroffenen Wolfgang **Purtscheller** zeichnen in „Delikt: Antifaschismus" die rechtsextremen Kriminalisierungskampagnen mit Akribie nach. Beschrieben werden die Versuche freiheitlicher Verschwörungstheoretiker, allen voran FPÖ-Clubchef Ewald **Stadler**, unter dem Schutzmantel der parlamentarischen Immunität die Opfer des Terrors selbst als deren UrheberInnen namhaft zu machen. Neben der Ablenkung vom eigenen Milieu werden Neonazis und Freiheitliche in ihrer Kampagne vor allem vom Wunsch nach Abrechnung mit antifaschistischen KritikerInnen angetrieben. Abwechselnd oder gemeinsam mit den Opfern und ausländischen Geheimdiensten werden unliebsame Journalisten wie Purtscheller und Institutionen wie das DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (DÖW) zu Urhebern einer terroristischen Verschwörung mit dem Ziel der Zerschlagung oder zumindestens Schwächung der rechtsextremen Szene erklärt. Die hanebüchenen Behauptungen der Rechten in geballter Form zusammengefaßt, hinterlassen bei der Lektüre ungläubiges Staunen. Daneben macht sich auch Wut breit über die Leichtigkeit, mit welcher die Kriminalisierung und Diffamierung von AntifaschistInnen gesellschaftlich weitgehend durchgesetzt werden konnte. Die Linke erwies sich als zu schwach, um dem Anti-Antifaschismus was entgegensetzen zu können. Das Buch versteht sich demgegenüber als Aufruf, nicht wieder beim ersten freiheitlichen Jagdsignal panisch auseinanderzulaufen.

PS: Die Rechten reagieren bereits auf die Antwort von Purtscheller und Co. Stadler beglückte das Parlament unmittelbar nach Erscheinen des Buches mit vier weiteren Anfragen. Unter anderem rückt er dort noch unverschämter als zuvor die Grün-Abgeordnete **Stoisits** und den Grazer Universitätsdozenten und Aktivisten für die Rechte der steirischen SlowenInnen Wolfgang **Gombocz**, beide selbst AdressatInnen einer Briefbombe, in Terrornähe. Während die übrigen AkteurInnen im Desinformationskarussell noch betreten schweigen, reagierte die im Buch vorgeführte „Junge Freiheit"/"Zur Zeit"-Mannschaft rasch: Mann holte den neonazistischen Paranoiker und Legendenstricker Günther **Rehak** aus der Versenkung und ließ ihm im Buch naturgemäß eine „Flucht nach vorne" (ZZ 12/98) erkennen. Daneben setzt Jürgen **Hatzenbichler** antifaschistische Recherche mit rechter Verschwörungstheorie gleich. Vor allem aber stößt sich Hatzenbichler an der Darstellung des Mordes in Ried. Zur Erinnerung: Am 6. April 1995 erschießen die Gebrüder **Wimmer** Raimund **Friedl**, der aus einem Lokal kam, welches kurz davor von Purtscheller betreten worden war. Der österreichischen Polizei, die eine Verwechslung mit Purtscheller und somit einen rechtsextremen Hintergrund rasch ausgeschlossen hatte, gehen die beiden durch Zufall ins Netz. Karl Wimmer übernimmt umgehend die Verantwortung für den Mord und behauptet, beim Versuch, Friedl die Waffe zu verkaufen, hätte sich der tödliche Schuß gelöst. Unmittelbar vor dem Prozeß wechselt Wimmer ohne Rücksprache mit seinem Anwalt jedoch überraschend die Verteidigungsstrategie: Nun macht er auf verrückt und behauptet, er habe in Friedl den Teufel gesehen und ihn deswegen erschossen. Rasch läßt ihn der zuständige Staatsanwalt und Burschenschafter Heinrich **Steinsky** (SUEVIA, Innsbruck) daraufhin in der Versenkung der geschlossenen Anstalt verschwinden.

All diesen Ungereimtheiten zum Trotz meint Hatzenbichler bei der Wiedergabe der Vorfälle rund um den Mord handle es sich um „Stuß" und „Purtschellers Lieblingslegende". Schon mit dem Aufzeigen der Ungereimtheiten wolle sich das vermeintliche Ziel des Anschlages als „Held" stilisieren.

Entgegen Hatzenbichlers Anwürfen scheint die Befürchtung nach der Veröffentlichung des Buches Gewißheit worden zu sein. Die örtliche Neonazi-Größe Karl **Polacek** erzählt mittlerweile allen, die es wissen wollen, daß die Brüder Wimmer zu seinen „Kameraden" zählten. Die beiden waren daneben führend beteiligt an der Besetzung des Petersbrunnhof in Salzburg durch Neonazis, d.h., sie waren von Anfang an auch der Polizei als solche bekannt. Wurde von der Exekutive und/oder Steinsky versucht, hier einen rechtsextremistisch motivierten Mord zu vertuschen? Eine Frage, der wir noch nachgehen werden... ●

Für Kaufwillige: Purtscheller, Wolfgang u.a.: Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts. Mit Gastbeiträgen von Elfried Jelinek, Wolfgang Gombocz und Doron Rabinovici. Berlin 1998

Nr. 25 Frühjahr 1998

BAHAMAS

Endstation Populismus

Statt roter Bibel schwarzes Buch; Gollwitz; Was ist Ideologie? Terror und Versöhnung in Algerien; Das ewige Rätsel Auschwitz; Staatsmythos Deutscher Herbst; Postone und seine Rezeption; Volkstumskampf und Sozialdemokratie; Antideutscher Show-Down; Nazi-Opfer als „Stalinisten" u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Barrikaden am Stephansplatz 1848

GEGEN den Burschenschafter KOMMERS!

GEGEN Nationalismus, Sexismus und Faschismus!

ZERSCHLAGT alle Männerbünde!

Rechtsextreme Burschenschaften aus Österreich und Deutschland feiern sich samt FPÖ am 16. Mai in der Hofburg beim „Revolutions-Kommers" als Erben der Revolution von 1848. Warum präsentieren sich ausgerechnet Rechtsextremisten, Reaktionäre und Sozialdemagogen so vehement als „48er", als Nachkommen der Vorkämpfer für demokratische, bürgerliche Freiheiten? Das Jubiläum bietet einen willkommenen Anlaß, die eigene Geschichte vom Makel des Nationalsozialismus zu befreien - die 38er feiern sich als 48er.

Wir wollen und können diese Inszenierung der Reaktionäre als Revolutionäre nicht hinnehmen!

Unterstützt von: Alternativ* der Uni Wien, Autonome Uni Antifa - AUA, Bündnis Antinationaler Gruppen - BANG!, Ernst Kirchweger Haus - EKH, Fachschaft Informatik, Grüne und Alternative Linke - GRAL, Grüne und Alternative StudentInnen - GRAS, Jugend gegen Rasissmus in Europa - JRE, Kommunistischer StudentInnenverband - KSV, lotta dura, Österreichische HochschülerInnenschaft - Universität Wien, Revolutionär Kommunistische Liga - RKL, Rosa Antifa Wien - RAW, SchülerInnen Aktions Plattform - SAP, Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV, Sozialistische Jugend 20, TATblatt, TU-Club, V.I.R.U.S., Antifaschistische Gruppen aus ganz Österreich und Deutschland

Impressum: MHV M. Novak, Wien

❶Demonstration am Ring ❷RAVEolutionäres Ringspektakel vor dem Burgtor ❸Demonstration zu den Burschenschafter-Buden

Sa 16.Mai 18h Uni Wien-Rampe